

9. Hegemonialer Diskurs im Detail: „russische Demokratie“ und politische Identität im offiziellen Diskurs

Demokratie ist der einzige Weg, mit den verschiedenen Impulsen der postindustriellen Gesellschaft innen und außen fertig zu werden.

VJAČESLAV NIKONOV, 2006

9.1 EINLEITUNG

Souveräne Demokratie ist ein zentraler Signifikant im russischen politischen Diskurs und steht symbolisch für die im offiziellen Diskurs artikulierte politische Identität. Eine erste Frage, die sich im Zusammenhang mit diesem für die vorliegende Arbeit zentralen Punkt stellt ist, inwiefern er „ernst“ zu nehmen ist. Ein möglicher, typischer, Vorwurf gegen die Analyse des offiziellen Diskurses ist, dass die ausgesprochenen Forderungen nicht so „gemeint“ sind, wie sie ausgesprochen werden; dass es sich um eine Augenwischerei handelt, besonders gegenüber dem Ausland; dass *Worte* einerseits und politische *Realität* andererseits so sehr auseinander klaffen, dass der offizielle Diskurs als reine Propaganda entlarvt wird.

Diesem Vorwurf lässt sich auf zweierlei Arten begegnen, die miteinander korrespondieren: Zum einen kann der offizielle Diskurs als Realität *sui generis* begriffen werden. Das hebt zwar noch nicht den Gegensatz zwischen Propaganda einerseits und „Realität“ andererseits auf, sondern bestimmt zunächst Diskurs als eine andere, immaterielle Praxis, die genauso Untersuchungsgegenstand sein kann, wie die materielle, die sie sich zum Beispiel in Gesetzesbeschlüssen, Gerichtsurteilen, in der Niederschlagung von Demonstrationen etc. manifestiert.

Zum anderen könnte man den Dualismus „Worte vs. Realität“ verwerfen und sie als Einheit betrachten: Man könnte auch argumentieren, dass selbst wenn es sich beim offiziellen Diskurs nur um Propaganda handelt, die von den „wirklichen“ Meinungen von Politikern oder der Gesellschaft abweicht, es interessant bleibt, zu ergründen, warum genau diese Form von Propaganda gewählt wird, warum genau diese Forderungen artikuliert und genau diese rhetorischen Figuren verwendet werden. Es geht darum, den Diskurs als etwas zu begreifen, das der „Realität“/Praxis – den Gesetzen und Demonstrationen – erst einen Sinn gibt, sie mit Bedeutung belegt und eine bestimmte Interpretation liefert. Es geht darum, den Diskurs als sinn- und identitätsstiftende Praxis zu begreifen. Damit wäre die Frage nach der „Ernsthaftigkeit“ des Diskurses eine, die am Kern des Problems vorbei geht.¹

In der Sozialpsychologie beschreibt das Theorem der kognitiven Dissonanz (Leon Festinger) einen affektiven Zustand, in dem Kognitionen auseinander klaffen und versucht wird, diese wieder in Konsonanz zu bringen; insbesondere kann er die Dissonanz zwischen Wahrnehmung der Umwelt und deren Soll-Zustand betreffen. Das Individuum muss insofern entweder seine Kognitionen anpassen oder aber seine Umwelt verändern. Ohne psychologisieren zu wollen, scheint die Idee der kognitiven Dissonanz ein Ansatz zu sein, um die „Motivation“ oder „Ernsthaftigkeit“ der souveränen Demokratie einzuschätzen. Sie wäre demnach ein Versuch, politische Kognitionen, die sich widersprechen und die unterschiedliche politische Forderungen reflektieren in Einklang zu bringen. Die populistische Dimension der souveränen Demokratie, also ihr Bestreben, möglichst viele politische Forderungen (in einen hegemonialen Diskurs) zu binden, lässt sich auch aus dieser Perspektive interpretieren; als Weg, um Dissonanz abzubauen, indem Äquivalenzen zwischen verschiedenen Signifikanten produziert werden. Die hier beschriebene Verknüpfungsleistung ist dann aber aus diskurstheoretischer Perspektive natürlich keine psychologische, sondern eine diskursive und damit eine auf Macht beruhende, politische Operation.

Der russische offizielle Diskurs soll als Artikulation einer bestehenden Politik – hier etwa seit dem Amtsantritt Vladimir Putins – und gleichzeitig als Konkretisierung einer Zukunftsvision für Russland interpretiert werden: Es geht um

1 Die materielle politische „Praxis“ im engeren Sinne, jene also die sich wie oben angedeutet in Gesetzesbeschlüssen, Gerichtsurteilen, in der Installierung von Gouverneuren oder der Niederschlagung von Demonstrationen zeigt, kommt in dieser Arbeit nur am Rande vor und liefert Beispiele zur Illustration des Diskurses im engeren Sinne.

die Verwebung *unerfüllter* politischer Forderungen. Im populistischen Bestreben, möglichst viele diskursive Elemente in Momente eines Diskurses zu binden, balanciert souveräne Demokratie aber auch zwischen verschiedenen Polen und versucht einen teils immer wieder scheiternden Spagat. Souveräne Demokratie trägt als ein Knotenpunkt dazu bei, einen Diskurs mit hegemonialen Bestrebungen auszuweiten und zusammenzuhalten.

Aber warum überhaupt dieser Versuch, eine Ideologie aufzubauen?² In einer selten klaren Definition des Konzepts bestimmt Manuel Castells Etatismus (*statism*) folgendermaßen:

„By statism, I understand a social system organised around the appropriation of the economic surplus produced in a society by the holders of power in the state apparatus [...]. While capitalism is oriented toward profit-maximising, statism is oriented toward power-maximising; that is, toward increasing the military and *ideological capacity of the state apparatus to impose its goals on a greater number of subjects* at deeper levels of their consciousness.“ (Castells 1999: 8, eig. Hervorh.)

Obzwar sich diese Definition auf den Etatismus *in der Sowjetunion* bezieht, scheint sie auch interessant für das heutige Russland zu sein. Zwei Elemente in dieser Definition sind bemerkenswert: zum einen die Betonung des Staatsapparats, der Administration, der Verwaltung, der Bürokratie. In nahezu allen für diese Arbeit durchgeführten Interviews wurde die Bürokratie oder die *classe politique* angeprangert: Sie verfolge lediglich ihre eigenen Interessen und sei nur an Machterhalt interessiert. Häufig wurde auch der Vorwurf erhoben, sie bereichere sich auf Kosten der Bevölkerung und des Landes. Der Staatsapparat hat unter Putin in der Tat eine Aufwertung erfahren, und die Frage nach dem Machterhalt stellte sich zum Ende seiner Amtszeit mit zunehmender Dringlichkeit – die Ernennung Medvedevs zum Nachfolger und das „Parken“ Putins im Amt des Ministerpräsidenten waren nur zwei Beispiele für diese Machtsicherung.

-
- 2 Aus verschiedenen Gründen kann argumentiert werden, dass es sich bei souveräner Demokratie nicht um eine Ideologie handelt: Souveräne Demokratie ist kein systematischer Satz von Ideen, sie ist auch nicht unbedingt ein Versuch, die „Realität“ zu verzerren, sie ist kein Mythos (Barthes) und auch keine tagtägliche Praxis (Althusser) (vgl. dazu auch Storey 2009: 2ff.). Allerdings enthält sie ein Element der „Schließung“, des Versuchs, Einheit und Abgeschlossenheit zu vermitteln. Dieses Element trägt ideologische Züge (für eine weitere Diskussion um den ideologischen Charakter von souveräner Demokratie, speziell auch im Hinblick auf Laclaus Ideologieverständnis, s. auch weiter unten).

Und hier kommt das zweite Element der Definition zum Zug: Im Etatismus liege ein Bestreben des Staates vor, Macht auch über ideologischen Einfluss zu sichern. Das Bild, das sich unter Putin ergeben hat, unterscheidet sich in dieser Hinsicht stark von demjenigen unter El'cin: Manifestierte sich im politischen Diskurs der 1990er Jahre noch eine Vielzahl von verschiedenen ideologischen Strömungen, „existiert heutzutage an der russischen Spitze ein impliziter ideologischer Konsens. Indirekt offenbart er sich darin, dass sich in praktisch allen strategischen innen- und außenpolitischen Fragen nur der Präsident äußert“ (Rjabov 2007: 1). Andere Politiker äußerten sich nur zu politischen Einzelfragen. Gab es also unter El'cin einen Polyzentrismus und insofern mehrere Ideologeme aus verschiedenen Quellen sowie verschiedene Strömungen selbst innerhalb von Administration und Regierung unter einem Präsidenten, der teilweise versuchte, über diesen Strömungen zu stehen, gibt es nun unter Putin nur *eine* Quelle, die sich in verschiedenen Ideologemen ausdifferenziert (Interview 7/2/14) – das heißt nur einen zentralen Repräsentanten des gesamten offiziellen Diskurses.

Hier ergibt sich ein scheinbarer Widerspruch. Viele Analytiker sehen in der Amtszeit Putins eine dezidiert ideologiefreie Politik. Der Rückgriff auf Ideen und Werte habe unter Putin immer einen technokratischen Charakter gehabt, er selbst habe sich als „Manager“ geriert (Rjabov 2007: 2). Auf diesen Punkt – auf die Gleichzeitigkeit von Populismus und „Management“, von Ultrapolitisierung und Depolitisierung – wird weiter unten noch genauer eingegangen.

Die Definition von Castells – wie auch die Interpretation aus dem oben zitierten Interview – schreiben dem Staatsapparat natürlich noch ein hohes Maß an Handlungsmacht (*Agency*) zu: Der Staatsapparat, gedacht als eigenständiger und homogener Akteur, verfolge bestimmte präexistente Absichten, habe bestimmte Interessen und Ziele. Aus unserer theoretischen Perspektive stellt sich nicht nur die Frage, warum der „Staatsapparat“ ausgerechnet auf ein bestimmtes ideologisches Repertoire zurückgreift und nicht auf ein anderes, sondern auch inwiefern der Staatsapparat *Ausdruck* eines Diskurses ist.

Die Definition verweist außerdem auf einen gesellschaftlichen Dualismus „Staatsapparat-Gesellschaft“, der in dieser Form nicht haltbar ist. Souveräne Demokratie bezeichnet vor allem einen Diskurs, der sich innerhalb des Staatsapparates, innerhalb der politischen Elite entfaltet und erst in zweiter Linie die Gesellschaft als Ganzes betrifft. Allerdings ist gleich eine Einschränkung zu machen: Während „Souveräne Demokratie“ als Knotenpunkt eine Rolle innerhalb eines elitären Diskurses spielt, sind einzelne Elemente des Diskurses durchaus auch gesamtgesellschaftlich wirksam: Der offizielle Diskurs nimmt verschiedenste Forderungen aus verschiedensten Bereichen auf.

Ein weiteres Missverständnis, das die Definition von Castells hervorrufen mag, ist die Aussage, dass es um „Kontrolle“ gehe: Sei es Kontrolle über die Gesellschaft oder über den Staatsapparat beziehungsweise über die politischen Eliten. Dies kann ein hegemonialer Diskurs allein aber nicht leisten. Dazu bedarf es auch direkter Repression (s. dazu auch Hayoz 2009). Beides ist aber komplementär. Die Handlungsdimension ist nur eine Ebene des Diskurses. Souveräne Demokratie muss also auch als ein Diskurs verstanden werden, der schlicht den Rahmen darstellt, in dem sich die Diskursträger politisch-ideologisch bewegen können – wenn es um Kontrolle geht, dann also um Kontrolle über das politisch Sag- und Machbare.

Diese Zusammenhänge werden auch hinsichtlich der Rezeption des Begriffes in der politischen Elite deutlich. Souveräne Demokratie mag zwar als Knotenpunkt dienen, der mehrere politische Forderungen zusammenfasst, jedoch hat der Begriff nicht den Status eines leeren Signifikanten, der, mit einem symbolischen Charakter ausgestattet, den gesamten Diskurs repräsentiert. Dazu ist die Rezeption selbst in der politischen Elite zu gemischt. Insgesamt befürworteten nur rund 40 Prozent der Befragten den Begriff, während rund 54 Prozent ihn ablehnten: Die Erhebung von Tarusin (2008)³ zeigt, dass besonders Moskauer Eliten ein positives Verständnis von souveräner Demokratie haben (62 Prozent). Unter den regionalen Eliten dagegen überwiegt ein negatives Verhältnis zum Begriff (56 Prozent), das vor allem auf Unverständnis des Begriffs beruht, so Tarusin. Ein positives Verständnis ist unter staatsnahen Eliten verbreitet und weniger unter Vertretern gesellschaftlicher und wissenschaftlicher Eliten, unter Journalisten und Geschäftsleuten (Tarusin 2008: 47f.). Besonders innerhalb jener Elite, die mit der exekutiven Gewalt verbunden ist, herrscht ein positives Bild von souveräner Demokratie vor. Ihre Vertreter beschreiben sie in Begrifflichkeiten von „Selbständigkeit“ und „Unabhängigkeit“. Eine typische Antwort beispielsweise sei:

3 Diese Studie muss mit Vorsicht betrachtet werden. Sie wurde 2007 unter 326 Vertretern der russischen „Elite“ in Zusammenarbeit mit dem staatsnahen Meinungsforschungsinstitut VCIOM durchgeführt. In der Studie selbst wird gar erwähnt, dass besonders im Zusammenhang mit Fragen zur souveränen Demokratie einige Respondenten von einer Gefährdung ihrer Person gesprochen hätten, wenn sie ihre Meinung zu dem Thema äußern würden (Tarusin 2008: 48). Gleichzeitig kann die Studie aber auch als der Versuch einer „objektiven“ Selbstdarstellung seitens der Eliten betrachtet werden.

„Jede selbständige Demokratie ist eine souveräne Demokratie. [...] Souveräne Demokratie ist jedes System, jede Gesellschaft mit ihren eigenen Herrschaftsstrukturen, mit ihrem eigenen System der Teilhabe der Menschen am System der Entscheidungsfindung.“ (Tarusin 2008: 48)

In der Bevölkerung selbst ist die Rezeption gering. In einer Umfrage von Echo Moskau gaben nur zehn Prozent der Anrufer des traditionell liberalen und oft kritischen Radiosenders an, dass souveräne Demokratie eine nationale Idee sein könne, die alle Bürger vereinige.⁴ Und im Juli 2006 verneinten rund 84 Prozent die Existenz einer solchen Demokratieform, während nur 14 Prozent sie bejahten.⁵ Umfragen des Levada-Zentrums bezeugen allerdings, dass vieles, wofür souveräne Demokratie steht, durchaus Anklang findet (Levada-Center 2009: 24ff.).

Souveräne Demokratie ist demnach primär der Signifikant, der repräsentativ steht für viele Momente des Diskurses, für die Herrschaftspraxis und -rhetorik des Regimes. Im folgenden Arbeitsschritt sollen die aus den Basistexten (Putins Ansprachen vor der Nationalversammlung, Surkovs Beiträge und ferner die Parteiprogramme) extrahierten Forderungen genauer beleuchtet werden durch die Einbindung weiterer Texte aus regierungsnahen Publikationen und Verlagen (insbesondere des Verlags Evropa von Gleb Pavlovskij).

Welche Faktoren spielten bei der Entfaltung des Diskurses der souveränen Demokratie eine Rolle? Zwei diskursive Elemente, und de facto: Dislokationen, spielten eine Rolle. Erstens: Wie können die farbigen Revolutionen im post-sowjetischen Raum diskursiv eingebaut werden? Zweitens: Wie die Wahlen 2007/08 vorbereiten, insbesondere eine mögliche Ablösung Putins im Präsidentenamt beziehungsweise eine mögliche dritte Amtszeit, die eine Verfassungsänderung nötig gemacht hätte?

Der erste Punkt spielt sicherlich eine sehr wichtige Rolle bei der Entfaltung des Konzepts der souveränen Demokratie (Krastev 2006a). Sichtlich verstört und nervös reagierten führende Politiker, Intellektuelle und Wirtschaftsvertreter auf die Vorgänge in den ehemaligen sowjetischen Republiken Georgien, Kirgisistan und in der Ukraine. Mit großem Argwohn wurde die Rolle betrachtet, die westlich geförderte Nichtregierungsorganisationen bei den Regierungswechseln spielten. Sie untergruben und destabilisierten die im offiziellen Diskurs artikulierte Idee des „nahen Auslands“, also desjenigen Territoriums, welches dieser Diskurs als historisch russisches Territorium und damit als privilegierte Ein-

4 <http://www.echo.msk.ru/polls/archive/58.html>, 13.11.2005 [13/01/2011].

5 <http://www.echo.msk.ru/polls/archive/77.html>, 25.07.2006 [13/01/2011].

flusszone definiert. Entsprechend erregten diese „Revolutionen“ Aufsehen, besonders die Orangene Revolution in der Ukraine sorgte deutlich für Aufruhr.⁶ Die russische Führung hatte sich schnell auf die Seite von Viktor Janukovič geschlagen und ging fest von seinem Sieg aus. Nach der Wahl gratulierte Putin ihm voreilig. Der Westen unterstützte dagegen direkt und indirekt die orangene Kampagne von Viktor Juščenko. NGO, die auch bereits in Serbien vier Jahre zuvor aktiv waren, berieten ihre ukrainischen Kollegen.

Wie ernst die Gefahr einer „Birkenrevolution“⁷ in Russland war, ist schwer abzuschätzen. Real war jedenfalls die Furcht davor. Vjačeslav Nikonov zieht Parallelen zum Zusammenbruch der UdSSR („In Russland gab es bereits 1991 eine orangene Revolution, und die Menschen haben ihr Resultat noch nicht vergessen.“⁸) und unterstellt den USA direkt, eine Aufteilung Russlands anzustreben: „In Amerika gibt es verschiedene Leute. Einige von ihnen mögen Russland so sehr, dass sie meinen, es sollte viele davon geben. Für sie ist jede Destabilisierung ein Segen.“ (Nikonov 2005a)⁹ Eine Lektion aus der Ukraine, die sicherlich gezogen wurde, ist jene der Machtlosigkeit Russlands ausgerechnet dort, wo laut offiziellem Diskurs Russlands vorrangiges Einflussgebiet liegen sollte (Bacon & Wyman 2006: 166).

Das zweite Moment ist die Unsicherheit, die ein möglicher Machtwechsel 2008 im Präsidentenamt mit sich gebracht hätte. Die stabilisierende Rolle des Namens „Putin“ drohte wegzubrechen im Falle eines verfassungsmäßigen Wechsels an der Staatsspitze. Andererseits hätte eine dritte Amtszeit Putins – eine Möglichkeit, um die sich viele Spekulationen rankten – einer Verfassungsänderung bedurft, was dem offiziellen Diskurs, in dem Stabilität und Rechts-

6 Davon zeugen Publikationen wie Počepcov (2005) und Ivanov (2006) sowie Radiosendungen über die „Perspektiven orangener Revolutionen“, vgl. <http://www.echo.msk.ru/programs/noexit/40075>, [15/01/2011].

7 In Anspielung auf den oppositionellen Exil-Oligarchen Boris Berezovskij, in dessen Nachname das russische Wort für „Birke“ (*berěza*) steht.

8 Sollte Nikonov hiermit andeuten wollen, dass die Auflösung der UdSSR auf westliches Betreiben hin erfolgt ist, befindet seine Aussage sich im Widerspruch zu einem der zentralen Deutungsschlüssel des Diskurses: Dass Russland selbst sich für den demokratischen Weg entschieden hat (s.u.).

9 Andere Autoren sind noch deutlicher: Für sie war die Orangene Revolution in der Ukraine nur ein Schauplatz von vielen in einer globalen Auseinandersetzung um Territorium und Ressourcen: „Das Endziel der neuen Aufteilung der Welt ist die Kontrolle über Ressourcen [...] verständlich sind die Ziele im Kampf um die Ukraine und Georgien.“ (Poljakov 2007: 461)

staatlichkeit eine nach wie vor große Rolle spielten, zuwidergelaufen wäre. Die Öffentlichkeit wurde lange im unklaren gehalten: Einerseits gab es Kampagnen und Aufrufe, Putin im Amt zu halten;¹⁰ andererseits, wurden Dmitrij Medvedev und Sergej Ivanov als mögliche Nachfolger präsentiert, die stellvertretend für den (wirtschaftsliberalen) Petersburger Flügel innerhalb der Administration einerseits (Vizepremier Medvedev) und den Sicherheitsapparat andererseits (Verteidigungsminister Ivanov) zu stehen schienen. Medvedev hatte durch die hohe Sichtbarkeit der sogenannten Nationalen Projekte (Gesundheit/ Bildung/ Wohnraum/ Landwirtschaft), für die er verantwortlich war, sicherlich einen Startvorteil, der wenn nicht entscheidend für die Nominierung, so aber zumindest ihr auch nicht nachteilig war. Der Verbleib Putins in Machtpositionen – im Amt des Ministerpräsidenten und zugleich in der Funktion des Nationalen Leaders der stärksten Duma-Fraktion – war eine durchaus elegante Lösung, versprach sie doch Kontinuität und diskursive Stringenz im doppelten Sinne: Im Hinblick auf die Verfassung (Beschränkung der Amtszeit), und dadurch mit der Forderung nach Rechtsstaatlichkeit/Kontinuität einerseits sowie andererseits in Bezug auf die Politiken selbst, wie sie ab ca. 2000 entfaltet wurden. Aus der Perspektive nicht nur des Kremls kann in diesem Prozedere auch eine Teilerfüllung des Versprechens von „Normalität“, ja von „Demokratie“ gesehen werden.¹¹

Beide Aspekte sind natürlich verbunden. Aus der Perspektive des Regimes wäre der Wahlzyklus 2007/2008 (Duma- und Präsidentenwahlen) wohl der

10 Zum Beispiel die Webseite Internet za Putina/ Das Internet für Putin (www.zaputina.ru), auf der Internetnutzer elektronisch eine Petition für Putins Verbleib im Amt unterzeichnen konnten – auch noch rund zwei Jahre nach den Wahlen. Immerhin finden sich dort 95289 Unterzeichner (in Frühjahr 2010). In der Fußzeile prangt ein großes „Ehre sei Russland“. Laut Umfragen wäre ein Verbleib Putins im Amt die von der öffentlichen Meinung knapp bevorzugte Option gewesen (konsistent die Hälfte der Befragten sprachen sich gegenüber dem Levada-Center (2009: 71) zwischen 2006 und 2008 dafür aus).

11 „Heute haben wir die Chance, eine Tradition zu gründen, in der Macht auf dem gesetzlichen Wege realer Demokratie übergeben wird.“ (Garadža 2006: 32, eig. Hervorh.) Interessant an dem Zitat ist der Stellenwert, welcher der Legalität beigemessen wird. Weniger ein demokratisches Vorgehen scheint wichtig, als vielmehr ein gesetzeskonformes (im Hinblick auf die in der Verfassung festgeschriebenen Amtszeiten des Präsidenten). Beziehungsweise genauer: Legalität ist die entscheidende Dimension der „realen Demokratie“.

ideale Zeitpunkt für eine „äußere Einmischung“ beziehungsweise für eine „Birkenrevolution“ gewesen. Wie Nikita Garadža andeutet:

„Die reale Souveränität setzt die Gründung prozeduraler Möglichkeiten voraus, damit die Bevölkerung selbst, *ohne Einfluss von außen*, im Rahmen bestimmter Intervalle politischer Zyklen die Machtfrage selbst klären kann. Dafür ist der umfangreiche Apparat der Demokratie lebensnotwendig – *in diesem Sinne ist der Aufbau einer realen Souveränität buchstäblich dieselbe Aufgabe wie der Aufbau einer realen Demokratie.*“ (Garadža 2006: 222, eig. Hervorh.)¹²

Insofern wurde der Wahlzyklus 2007/2008 nicht nur als Gefahr für das bestehende System, sondern auch als Chance für Demokratie und Souveränität beziehungsweise für eine weitere Konsolidierung des Regimes dargestellt. Dies gilt insbesondere für die Präsidentschaftswahlen. Der Verzicht Putins auf eine weitere Amtszeit kann auch entsprechend dieser Lesart betrachtet werden: Alles andere als Verzicht wäre den Forderungen nach einer russischen Demokratie einschließlich Ordnung-Rechtsstaatlichkeit-Legalität entgegengelaufen.

Neben diesen situativen Erfordernissen kann souveräne Demokratie auch in einen breiteren Kontext gestellt werden: Als jener Signifikant, der versucht, all das zusammenzubinden, was dieses Regime im postsowjetischen Russland hervorgebracht hat. Souveräne Demokratie legitimiert die derzeitige Machtkonstellation;¹³ als Fähigkeitsausweis des *Status quo* stellt sie sich auf vier Säulen gründend dar:

12 Nikonov ist noch expliziter: „Demokratie in Russland [...] wird sich nicht deshalb entwickeln, weil sie jemand von außen aufdrängt, sondern deshalb, weil sie für uns selbst nötig und vorteilhaft ist“ (Nikonov 2008). Und Čadaev echot: „In diesem Sinn ist der Aufbau einer realen Souveränität und einer realen Demokratie zwei Seiten ein und derselben Aufgabe. Die eine bezieht sich auf die Verteidigung des politischen Systems gegen Herausforderungen von aussen, die andere gegen solchen von innen.“ (Čadaev 2007: 43)

13 „Die Deklaration von Demokratie als souveräne Demokratie ist, ja, wichtig für die Außendarstellung Russlands, um als gleichwertiger Partner, als fortgeschrittenes Land zu gelten, sie ist aber auch wichtig nach innen: um die derzeitige Machtkonstellation zu legitimieren.“ (Interview 2/4/ 5-8)

- das vorrevolutionäre Russland;
- die Sowjetunion als integraler Bestandteil der russischen Geschichte, die zentrale Marker politischer und nationaler Identität liefert, nicht zuletzt der Sieg im Großen Vaterländischen Krieg; und
- das nach 1993 etablierte System mit seiner politischen Elite und einschließlich des Wirtschaftssystems.¹⁴

Diese drei Punkte beschreiben die retrospektive Dimension souveräner Demokratie. In den folgenden Abschnitten konzentriert sich die vorliegende Arbeit insbesondere auf prospektive Aspekte, das heißt auf unerfüllte Forderungen, die im offiziellen Diskurs artikuliert sind.

9.2 FORDERUNG NACH EINER RUSSISCHEN DEMOKRATIE

9.2.1 Demokratie als russischer Wert und als russische Wahl

Mit dem Appell nach einer *russischen* Demokratie greift der offizielle Diskurs eine verbreitete Forderung auf, nicht nur von verschiedenen Parteien, sondern auch seitens der Öffentlichkeit. Seit mindestens 2005 erachtet eine konsistente Mehrheit Demokratie als Notwendigkeit für Russland (2005: 66 Prozent; 2008: 62 Prozent); zugleich glaubt eine große Minderheit der Respondenten, dass die Demokratie in Russland so gestaltet sein soll, dass sie „nationalen Traditionen und dem besonderen Charakter Russlands entspricht“ (2005 und 2008 je: 45 Prozent; vgl. Levada-Center 2009: 25).¹⁵

Bemerkenswerterweise hat sich die Assoziation von Demokratie und Wohlstand weiter verstärkt: Auf die Frage, welches das wichtigste Kriterium sei, um in einem Land von Demokratie sprechen zu können, gaben im Mai 2008 60 Prozent der Respondenten einen hohen Lebensstandard der Bevölkerung an (60 Prozent), gefolgt von „Ordnung und Respekt für die Legalität“ (49 Prozent), Gleichheit vor dem Gesetz (45 Prozent) sowie mit 44 Prozent dem „Respekt der politischen Rechte und Freiheiten der Bürger“; abgeschlagen sind Gewaltenteilung (12 Prozent), Meinungspluralismus (acht Prozent) und Minderheitenrechte

14 Darüber hinaus sollte ein Rückgriff auf folgende Werte erfolgen: auf religiöse (christlich-orthodoxe) Traditionen, auf einen starken Staat, auf Monarchie und sowjetischen Kommunismus sowie auf liberale Werte (Interview 2/2/22-27).

15 Dagegen sprechen sich lediglich 24 (2005) beziehungsweise 20 Prozent (2008) für eine Demokratie „wie in den entwickelten Staaten Europas und Amerikas“ aus.

(sechs Prozent; vgl. Levada-Center 2009: 24).¹⁶ Eine mögliche Lesart dieser Umfrageergebnisse ist, dass Demokratie zusehends mit bestehenden, positiven Verhältnissen identifiziert wird: Wohlstand, Ordnung, Sicherheit.

Auch die (politischen) Eliten „sind sich darin einig, die Demokratie und das Privateigentum als Grundlagen der modernen russländischen Staatlichkeit anzusehen. Man kann eine Einheit der russländischen Eliten in der Unterstützung für diese Prinzipien konstatieren“ (Tarusin 2008: 38). Allerdings ist das eine recht eigenwillige Interpretation der Antworten.¹⁷

Damit ist zunächst zu bemerken, dass Demokratie weiterhin ein wichtiger politischer Signifikant in der öffentlichen Meinung bleibt. Diese steht im Gegensatz zu vornehmlich negativen Einschätzungen in westlicher politikwissenschaftlicher Literatur über die autoritären Verhältnisse im Land und über den Verfall von Demokratie als Wert. Das Demokratie-Verständnis unterscheidet sich aber teilweise vom westlichen.¹⁸

Es fällt auf, dass Demokratie stärker mit Rechtsstaatlichkeit und Legalität als mit Freiheit artikuliert wird.¹⁹ Dementsprechend gibt es selten eine Forderung

16 Weitere, laut derselben Umfrage (Levada-Center 2009), im Zeitverlauf konsistente Antworten auf die Frage „Was ist Demokratie ihrer Meinung nach?“ sind: „Presse-, Rede-, und Gewissensfreiheit“ (2000: 37 Prozent; 2004: 44 Prozent; 2008: 46 Prozent – im Gegensatz zum o.g. enger gefassten Meinungspluralismus), ökonomischer Wohlstand des Landes (2000: 33 Prozent; 2004: 31 Prozent; 2008: 47 Prozent) sowie Ordnung und Stabilität (2000: 28 Prozent; 2004: 29 Prozent; 2008: 41 Prozent).

17 Die Umfragen von Tarusin scheinen davon auszugehen, dass eine „Unterstützung für das bestehende Regime“ einer „Befürwortung demokratischer Institutionen“ gleichkommt. So ergibt sich eine erdrückende Mehrheit der Eliten, die das bestehende System befürworten (aktiv und passiv: 96 Prozent; davon aktiv: 69 Prozent; 31 Prozent der Befragten unterstützten zwar das bestehende Regime, forderten aber zugleich dessen „Aktualisierung“) (vgl. Tarusin 2008: 43).

18 So erläutert denn auch Nikonov: „Die Logik Putins ist nicht antidemokratisch. Sie unterscheidet sich bloß von der Logik derer, die eine liberale Demokratie im reinsten Sinne fordern – [und das] in kürzester Zeit [k sledujuščemu vtorniku]. [...] Putin braucht weder Autoritarismus noch Anarchie, sondern eine funktionierende, effektive Demokratie.“ (Nikonov 2004a) An anderer Stelle behauptet dann auch derselbe Nikonov: „Ich möchte auch anmerken, dass deutlich mehr Russen die Regierung Putins im Gegensatz zum Westen [...] als demokratischer sehen als jene Boris El'cins.“ (Nikonov 2007a)

19 Obwohl Freiheit zugleich als eine zentrale ideologische Säule des Regimes präsentiert wird, als „Freiheit der Marktwirtschaft, als Freiheit der Konkurrenz zwischen

nach Freiheit, die nicht gleich um die nach Gerechtigkeit ergänzt wird (Poljakov 2007: 430, 456, 487, 508f.; Surkov 2008: 13; Cholmogorov 2006: 83; Tarusin 2008: 144). Rechtsstaatlichkeit, Ordnung, Sicherheit, bis hin zur „Diktatur des Gesetzes“ (Putin) sind zentrale Forderungen.²⁰

Genauso wie „Demokratie“ in der Öffentlichkeit als Marker von Wohlstand und Entwicklung, von Sicherheit und Ordnung seinen Platz hat, spielt „Demokratie“ im offiziellen politischen Diskurs eine wichtige Rolle. Und dabei geht es offenbar nicht nur darum, wie teilweise von den Kritikern des Kremls postuliert, dem Westen das Wort zu reden oder um eine reine Außendarstellung: Die demokratische Rhetorik sei reine, an den Westen gerichtete Propaganda oder ein Versuch der Einordnung in einen globalen demokratischen Kontext – der ja im Übrigen nicht erst seit Fukuyama und dem Fall der Mauer bestand hat. Sicherlich ist all dies auch ein Faktor. Entscheidender aber erscheint, dass Demokratie auch in Russland selbst wichtig ist, dass die Zugehörigkeit zu einem demokratischen Kanon auch gegenüber dem heimischen Publikum als Legitimationsgrundlage gilt. Die hier untersuchten Quellen richten sich gerade an ein heimisches Publikum und in den Diskurs „passt“: Denn wer möchte schon in einem autoritären Land leben?²¹ Wer möchte Russland als politischen Paria auf der Weltbühne sehen? Außerdem verheißt die Erklärung von „Demokratie“ ein „Angekommen-sein“: „Demokratie muss deswegen vorgegeben werden, damit wir das Gefühl haben, dort angekommen zu sein, wo wir hinwollten. Zuzugeben, dass wir autoritär sind, würde bedeuten einzugestehen, dass sich das Regime ändern muss“ (Interview 4/1/19-25), um die Forderung nach Demokratie zu erfüllen.²² Mit

verschiedenen Polen oder Machtzentren [...], als Freiheit, das eigene Modell der Demokratie [*narodovlastija*] zu wählen“ (Poljakov 2009) – und somit als Freiheit vor allem in wirtschaftlicher und kollektiv-internationaler Hinsicht und weniger als Freiheit des Individuums.

- 20 Wobei betont werden muss, dass die Forderung nach Ordnung und Stabilität besonders in der ersten Amtszeit Putins prominent im offiziellen Diskurs vertreten war. In der zweiten Amtszeit trat diese Forderung zunehmend in den Hintergrund zugunsten jener nach Wachstum und Wohlstand (Interview 1/1/29-30).
- 21 „Natürlich ist es wichtig, sich dem Ausland als demokratisch zu präsentieren. Aber auch im Inland: Wer will schon in einem autoritären Polizeistaat leben?“ (Interview 6/1/21-23)
- 22 Gespielt wird dabei auf beiden Klaviaturen: von Demokratie als erfüllter Forderung (Stichwort: die Transitionsphase ist beendet), als auch von Demokratie als unerfüllter Forderung (das bestehende Regime als Garant für die Sicherung der bestehenden Demokratie und für deren Vertiefung).

anderen Worten: „Demokratie“ erscheint oft als fester Bestandteil der politischen Identität Russlands, sowohl auf gesamt-gesellschaftlicher Ebene als auch im politischen und offiziellen Diskurs.

Gerade auch beim Demokratiebegriff zeigt sich, wie eng politische und nationale Identitäten verwoben sind. Das äußert sich im unermüdlichen Versuch, im offiziellen Diskurs Demokratie als einen genuin russischen Wert zu artikulieren, als eigenständige Wahl Russlands.²³ Besonders deutlich wird der politische Kommentator der angesehenen *Literaturnaja Gazeta*, Aleksandr Cipko,²⁴ gegenüber Radio Echo Moskau:

„Wir selbst haben, aus eigenem Willen, grob und spontan, das kommunistische System zerstört. Wir selbst haben, sofern wir das vermochten, demokratische Institutionen gegründet. Wir selbst, aus eigenem Willen. [...] Wir müssen verstehen, dass das Niveau an demokratischen Freiheiten, das tatsächlich existiert, Ergebnis unserer eigenen politischen Entwicklung ist.“ (Echo Moskau 2006)

Und Surkov unterstreicht:

„Wir können auf unsere politische Kultur stolz sein. Denn genau sie hat Russland die Demokratie verkündet und [schließlich] gebracht.“ (Surkov 2008: 18) sowie: „1991 hat sich unser russländisches, damals sowjetisches, Volk vom Imperium losgesagt und traf damit seine eigene Wahl.“ (Ibid. 157)²⁵

Damit wird suggeriert, dass Demokratie sich in Russland „organisch“ (Surkov 2008: 59) entwickelt habe und quasi bereits in den Genen Russlands angelegt sei. Dies ist auch eine argumentative Option, um einen möglichen Widerspruch zwischen Nationalismus und Demokratie auszuräumen und die Verbindung beider Prinzipien zu konsolidieren. Einerseits wird dem antidemokratischen Reflex russischer Nationalisten, andererseits antinationalistischen Positionen der

23 Diese Interpretation von Demokratie als russische Wahl war in Ansätzen schon unter El'cin so formuliert worden (Casula & Malinova 2010: 176).

24 Cipko gilt als typischer Befürworter eines „aufgeklärten Autoritarismus“ beziehungsweise einer „autoritären Modernisierung“. Als solche gelten auch die weiter unten zu Wort kommenden Ardranik Migranjan und Natalja Naročnickaja sowie das einflussreiche *Russkij žurnal* (Kurenj 2006: 152f.).

25 Schließlich heißt es im Sammelband PRO suverenstvu demokratiju: „Russland hat sich schon lange, und das ist besonders wichtig: eigenständig, für den Aufbau einer Demokratie entschieden und will dies auch nicht ändern.“ (Poljakov 2007: 213)

oppositionellen Demokraten begegnet: Es wird als absolut denkbar dargestellt, Demokratie und Nationalismus zu verbinden. Das Vertreten des einen Prinzips bedeutet keine Absage an das andere und umgekehrt.

Natürlich steht die Vorstellung einer bewussten Entscheidung für Demokratie jener einer organischen Entwicklung entgegen. Dies scheint aber zweitrangig, solange beide Prinzipien in eine Form von Koexistenz überführt werden können.

Beide Lesarten ermöglichen zudem eine Neubewertung der jüngsten russischen Geschichte. Zunächst gilt es, Demokratie in Russland nicht als Ergebnis eines äußeren Einflusses zu sehen. Analog zu oben genannter Abwehrhaltung gegen farbige Revolutionen darf auch das Ende der UdSSR nicht als Resultat einer äußeren Einwirkung gesehen werden. Insbesondere soll der Zusammenbruch der UdSSR beziehungsweise die Hinwendung zur Demokratie unter El'cin nicht als Ergebnis einer Niederlage im Kalten Krieg interpretiert werden:

„Wir denken nicht, dass man uns im Kalten Krieg besiegt hat. Wir denken, dass wir selbst unseren totalitären Staatsaufbau überwunden haben. Niemand hat uns besiegt.“ (Surkov 2008: 122)

In diesem Punkt verweben sich politische und nationale Identität besonders deutlich. Nicht zuletzt wird damit auch eine Kontinuität zur Sowjetunion hergestellt, aus der heraus sich schließlich auch die Demokratiebestrebungen entwickelt haben.²⁶

Noch deutlicher wird die Affirmation der UdSSR (bei gleichzeitiger Affirmation von Demokratie!) in anderen Passagen. Die Reinterpretation der Geschichte Russlands in diesem demokratischen Licht geht weit über die 1990er Jahre des 20. Jahrhunderts hinaus. Sie umschließt auch explizit die UdSSR, ja die UdSSR unter Stalin und während des Zweiten Weltkriegs:

26 Damit wendet man sich auch explizit gegen anderslautende Behauptungen, beispielsweise aus den USA, die in Russland schmerzvoll registriert wurden, wie die von Zbigniew Brzezinski: „The Cold War did end in the victory of one side and in the defeat of the other.“ (Brzezinski 1992: 31) Oder von George Bush sr. in der New York Times: „By the grace of God, America won the Cold War.“ (New York Times 29 1992, A16)

„Die sowjetische Periode ist nicht ein ‚schwarzes Loch‘ in der Geschichte Russlands, die Sowjetunion war nicht das ‚Reich des Bösen‘, vielmehr umgekehrt: das sagt Putin [...] indirekt: Der Zerfall der Sowjetunion war die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts; für das russländische Volk war er ein echtes Drama. [...] Die Soldaten des Großen Vaterländischen Krieges (also die sowjetischen Soldaten) waren Soldaten der Freiheit.“ (Garadža 2006: 85)

Oder von Sergej Lavrov plakativ auf den Punkt gebracht: „Die Freiheit kam aus dem Osten. Der Preis dafür: militärische Heldentaten und die Bereitschaft der ‚einfachen Burschen – der Vankas, Vaskas, Aleškas, Griškas‘, über die Anna Achmatova schrieb (‚An die Sieger‘), zu sterben.“ (Lavrov 2010)

Auch hier wendet man sich gegen eine westliche und mitteleuropäische Geschichtsinterpretation: Dass die UdSSR die Staaten Osteuropas besetzt und ihnen ein kommunistisches System aufoktroziert habe.²⁷ Hier findet sich auch eine wiederkehrende Interpretation von Freiheit auf einer kollektiven Ebene: Die kollektive Befreiung vom Faschismus wird augenscheinlich höher bewertet als die unter kommunistischer Herrschaft fortgesetzte Verneinung individueller Freiheiten. Diese Geschichtsinterpretation trägt dann freilich auch seltsame Blüten, beispielsweise dann, wenn bereits die UdSSR als demokratischer Staat gewertet wird, selbst in Zeiten des Stalinismus:

„Schon 20 Jahre nach der Oktoberrevolution vollzog sich mit der Verfassung von 1936 die Wiederherstellung der klassischen Normen und Prinzipien der Demokratie [...]. Heute geht es nicht um eine Abwendung von der Demokratie, sondern darum, ein nationales Modell von Demokratie zu finden, das am besten zu den Besonderheiten der russischen Beziehung zwischen Volk und Macht passt.“ (Poljakov 2007: 294f.)

Auch diese letzte Passage zeugt von den großen Mühen, die im offiziellen Diskurs betrieben werden, um den Signifikanten von Demokratie einzuschreiben in

27 „[...] wenn sich die Frage stellt, wofür wir [als Nation] zusammen sind, [...] folgt die selbstverständliche Antwort, dass ‚wir jene Nation sind, die die Welt vom Faschismus befreit hat‘. Entsprechend, wenn sich herausstellt, dass wir niemanden von gar nichts befreit haben, sondern im Gegenteil, besetzt haben sollten, dass die Verbündeten den Krieg gewonnen haben, bedeutet das, dass es keine Souveränität gibt.“ (Garadža 2006: 223f) Zum 65. Jahrestag der Kapitulation Nazi-Deutschlands gegenüber der UdSSR bezeichnet es der Außenminister Russlands als „zynisch und frevelhaft, die Ereignisse der Nachkriegszeit in Mittel- und Osteuropa mit der nazistischen Invasion zu vergleichen, obwohl sie auch mit Tragödien verbunden waren.“ (Lavrov 2010)

die russische Geschichte, einschließlich der sowjetischen Periode. Mit Bezug auf die Stalin-Verfassung wirkt dieser Versuch nahezu grotesk, selbst wenn man zugestehen mag, dass auch der Bolschewismus ein Projekt von Aufklärung und Moderne war.²⁸ Die Legitimation von Demokratie bezieht sich auf eine spezifische, nämlich auf jene, die Russlands Kultur am besten entspricht, auf jene Demokratie, wie sie in Russland *de facto* existiert. Damit läuft die Argumentation im schlimmsten Fall auf eine Rechtfertigung des Status quo hinaus.²⁹

Dies erklärt aber noch nicht die Versuche, „Russlands Demokratie“ in einen größeren weltweiten demokratischen Kanon einzubetten. Das wird deutlich in den vielen Verweisen auf europäische oder amerikanische Politiker, an denen man sich orientiere – angefangen bei Dick Cheney, der überhaupt den Begriff der souveränen Demokratie als erster benutzt habe (Poljakov 2007: 231).³⁰ Solche Verweise, allen voran auf Franklin D. Roosevelt, entlarven aber auch, was im offiziellen Diskurs unter Demokratie verstanden wird. So schreibt Surkov:

„Roosevelt war unser militärischer Alliierte im 20. Jahrhundert und er ist unser ideologischer Bündnispartner im 21. Jahrhundert. Und so verstehen wir Demokratie nicht als Ornament eines oligarchischen oder bürokratischen Spektakels, sondern als Macht des Volkes, als Willen des Volkes für das Volk. [Als] internationale Beziehungen, die nicht bestimmt sind durch transnationale Unternehmen, durch Aggression und Willkür, sondern durch allgemein anerkannte Normen, durch den Willen des Volkes für das Volk.“ (Surkov 2008: 40)

Roosevelt wird als starker politischer Führer gesehen, der durch eine staatsinterventionistische Sozial- und Wirtschaftspolitik im Inneren (New Deal) und eine *Good Neighbor Policy* im Äußeren Segen über sein Land gebracht hat. Der

28 Die Sowjetgeschichte muss differenziert betrachtet werden: Der Bolschewismus von 1903 ist ein anderer als jener der Oktoberrevolution, der wiederum ein anderer ist als jener des Stalinismus. Hier wird zumeist Bezug genommen auf die aufklärerischen Wurzeln des sowjetischen Kommunismus.

29 Surkov formuliert das so: „Wir befinden uns im europäischen Diskurs, aus dem wir auch nicht während der Sowjetperiode gefallen sind: Auch wenn wir es damals nicht ausgesprochen haben, so waren die Ideen gänzlich europäische [...] Doch wir brauchen eine eigene politische Sprache.“ (Surkov 2008: 103)

30 Um den Status insbesondere der Baltischen Staaten gegenüber Russland zu beschreiben.

Staatsräson hätten sich auch Interessen der Wirtschaftskonzerne unterordnen müssen. Er habe Gerechtigkeit und Freiheit verbunden.³¹

Gerade in diesem Passus wäre es ein Leichtes – so zumindest Surkovs frommer Wunsch – „Roosevelt“ mit „Putin“ zu ersetzen. Neben Verweisen auf Franklin Roosevelt finden sich auch solche auf Charles de Gaulle, dem ebenfalls ein starker Führungsstil unterstellt wird. Beide werden gar mit autoritärer Herrschaft assoziiert:

„Im gegenwärtigen Russland wird einem seit langem mit Autoritarismus Bange gemacht. Dabei wird vergessen, dass es [einerseits] den Autoritarismus von Pol-Pot und den der Kannibalen in Afrika gibt, [andererseits] aber auch jenen von Peter dem Großen, Franklin Roosevelt und Charles de Gaulle. Durch die Gegenüberstellung dieser beiden Staatsformen [Demokratie und Autoritarismus] wird übersehen, dass es in der Praxis keine reinen Formen gibt und dass Merkmale von Autoritarismus in jedem existierenden Regime und in jeder Regierung bestehen.“ (Surkov 2008: 76)

Mit anderen Worten scheint die Botschaft zu sein, dass Demokratie gut und schön, eine Prise Autoritarismus, soweit sie der Grandeur des Landes diene, aber nicht unbedingt abzulehnen sei. Autoritarismus könne zudem – illustriert durch den Kontrast zwischen Peter dem Großen und „Kannibalen in Afrika“ – durchaus mit fortschrittlichen westlichen Normen vereinbar sein und modernisierende Funktionen erfüllen. Die Argumentation hier verweist somit auf eine spezifische Begründung von Demokratie: Sie gehört schlicht zu den Kennzeichen entwickelter Staaten, zu denen im offiziellen Diskurs natürlich auch Russland zählen soll.³²

31 Zu Roosevelt schreibt Surkov: „1933 kam in den USA ein Mann an die Macht, der überzeugt war, dass die Grundfeste der Demokratie das Streben nach Gerechtigkeit für alle ist, dass Freiheit von Not und Angst nicht weniger wichtig ist als die Freiheit des Wortes und der Religion. [...] Roosevelt sah Freiheit und Gerechtigkeit auch als Grundlage der internationalen Beziehungen. Persönliche Freiheit und nationale Souveränität hingen für ihn zusammen.“ (Surkov 2008: 38f.)

32 Ein weiteres Element sind die Bezugnahmen auf eine ganze Reihe von Demokratie-Theorien (zum Beispiel Lipset, Dahl, Schumpeter, Sartori (Poljakov 2007: 64) oder Bentham, Mill, Rousseau, Peltman, (ibid. 317f.), mit dem Ziel, die eigenen Positionen theoretisch informiert erscheinen zu lassen und zugleich den Eindruck eines Einklangs mit westlichen Konzepten vorzugeben. Die Diskussion dieser Theoretiker bleibt aber fast immer blass und wirkt im Kontext der anderen Argumente zumeist deplatziert.

Abzulesen ist daran aber vor allem die Kernforderung nach *Souveränität*. Folgendes Zitat verdeutlicht dies nochmals unter Verweis auf de Gaulle, der – ohne Frankreich natürlich aus einem westlichen Wertekanon zu entlassen – ebenfalls die „Souveränität“ des Landes geschützt habe:

„Zum Beispiel hat auch Frankreich unter General de Gaulle auf sein Recht bestanden, einen eigenständigen Entwicklungspfad einzuschlagen. Ein Teil der westlichen Welt bleibend, hat das Frankreich der 1960er Jahre aufgehört, gedankenlos im Fahrwasser der US-amerikanischen Politik zu schwimmen. Die Souveränität der französischen Demokratie äußerte sich in der Verfassung der Fünften Republik mit ihrer ausschließlichen und starken präsidialen Macht, die das Parteiensystem reformierte, das Land aus der militärischen Allianz der NATO führte, [sowie] einen unabhängigen Aufbau der Streitkräfte [und] eine Annäherung an die UdSSR [...] einleitete.“ (Poljakov 2007: 291f.)

Es erscheint also aus dieser Perspektive absolut vorstellbar, zum „Westen“ dazuzugehören und nichtsdestotrotz einen „eigenen Entwicklungspfad“ zu verfolgen. Es ist möglich, eine autoritäre Verfassung zu haben und einen autoritären Präsidenten an der Spitze und dennoch im Westen akzeptiert zu sein. Diese Einschätzung beruht auf einer eigenwilligen und oberflächlichen Lesart der französischen Fünften Republik – oder, wie oben gesehen, der USA unter Roosevelt. War Roosevelt besonders Symbol für die Verwebung von Freiheit und Gerechtigkeit, dient de Gaulle nun als Vorbild für eine autonome Außenpolitik und für „von oben“ durchgesetzte innere Reformen bei einem Verbleib in der westlichen Welt. Die Zielrichtung ist aber klar: Souveräne Demokratie und damit ein gewisses Maß an Autoritarismus werden als kompatibel mit westlichen Werten dargestellt. Souveränität in diesem Sinne zu unterstützen bedeutet keine Absage an pro-europäische, pro-westliche Forderungen und auch keine Absage an Fortschritt, Modernisierung und Demokratie.

9.2.2 Exkurs: Vladislav Surkov – der russische Carl Schmitt? Einige Gedanken über schmittianisches Denken im russischen politischen Diskurs

Eine Assoziation, die beim Begriff der souveränen Demokratie auftauchen kann ist jene mit dem Souveränitätsbegriff bei Carl Schmitt. Bereits eine kursorische Lektüre der einschneidenden Texte offenbart allerdings, dass der Begriff der Souveränität im russischen offiziellen Diskurs bestenfalls an der Oberfläche von Carl Schmitt bleibt. Schmitt wird bestenfalls genannt, um dem Regime in anspruchsvolleren Texten eine gewisse *gravitas* zu geben. So spricht Polja-

kov (2009) beispielsweise davon, dass die Ideologeme des offiziellen Diskurses aus einem „Gemenge von Carl Schmitt und von Hayek“ bestünden. Weitere Diskussionen von Schmitt finden sich bei Garadža (2006: 193ff.) oder bei Kori-nec (2005) – dort besonders im Hinblick auf die Organisation internationaler Beziehungen. Trotz der Parallelen und trotz der allgemeinen Renaissance west-europäischer Denker des 20. Jahrhunderts in den russischen Sozialwissenschaft-ten, bleibt auch Schmitt in den Texten zur souveränen Demokratie aber weitge-hend eine Randfigur.³³

Dennoch: Bei einer parallelen Lektüre von Carl Schmitt und Schlüsseltexten zur russischen souveränen Demokratie, wie jenen von Vladislav Surkov, fallen erstaunliche Ähnlichkeiten der Argumentationsweise auf. Diese erstrecken sich dabei nicht so sehr auf den Begriff der Souveränität, obwohl dieser in beiden Fällen prominent vorkommt, sondern auf andere tragende Elemente beider An-sätze. Diese sind insbesondere:

1. der antirevolutionäre, nationalistische Impetus;
2. die besondere Betonung von Staat und Staatlichkeit;
3. das Denken in Freund-Feind-Schemata;
4. die Wertschätzung der Westfälischen Ordnung in internationalen Beziehungen;
5. sowie die Rollen, die symbolischen Führerfiguren zugewiesen sind.

Zu 1): Der antirevolutionäre Impetus und der nationalistische Affekt bilden den Hintergrund für einen wichtigen Teil von Schmitts Denken und für eine Vielzahl der Schriften zur souveränen Demokratie. Surkov und Schmitt sind beide Juris-ten: Ersterer hat eine starke Affinität zur Politik und auch zur präsidentialen Macht, letzterer dagegen ist primär Wissenschaftler, jedoch augenscheinlich fasziniert von der Machtausübung in der Weimarer Republik und im Dritten Reich. Beide schreiben vor dem Hintergrund politischer Unruhe, „demokratischen Chaos“ und revolutionärer Gefahr.³⁴ Schmitt widmet sich dem Kampf gegen Weimar,

33 Dies könnte mit einer Identifikation Schmitts mit dem Nationalsozialismus zusammenhängen, eine Assoziation, die im sich antifaschistisch gerierenden offiziellen Diskurs vermieden werden sollte. Möglich ist auch, dass die anti-russische (beziehungsweise anti-sowjetische) Haltung Schmitts seine Verwendung in Russland problematisch erscheinen lässt. Eine lebhafte und aktive Diskussion und Verwendung der Thesen von Schmitt findet sich aber durchaus im regierungsnahen Lager, insbesondere auf den Seiten von Gleb Pavlovskijs *Russkij žurnal*.

34 Mehrings einleitende Sätze zum affektiven Zustand Deutschlands 1918 lesen sich wie eine Beschreibung der Katerstimmung in Russland nach dem Zusammenbruch der

den er 1919 mit der Studie *Politische Romantik* beginnt. Für Surkov bildet die Abgrenzung zu den turbulenten 1990er Jahren einerseits und die Furcht vor einem demokratisch-revolutionären, gegebenenfalls aus dem westlichen Ausland unterstützten Umsturz („Birkenrevolution“) in Russland andererseits die Grundlage für sein politisches Wirken. Beides – ein Rückfall in die Instabilität der 1990er sowie ein auf der Straße eingeleiteter Umsturz – wird als eine Bedrohung angesehen für den Zusammenhalt Russlands. An mehreren Stellen kommt die Sorge zum Ausdruck, dass der Zusammenbruch der Sowjetunion – von Putin zuvor als größte geopolitische Katastrophe des Jahrhunderts beschrieben – sich in Form eines Zerfalls Russlands wiederholen könne. Damit ist im Programm beider Autoren implizit, wenn nicht explizit, auch die Rückkehr ihrer jeweiligen Länder zu Stärke und Größe angelegt.

Zu 2): Die Frage nach der Herstellung von Ordnung, nach „Einheit und Gemeinschaft“ ist bei Schmitt zentral (Böckenförde 1998: 41) – und genauso bei Surkov. Dabei hat bei Schmitt der Staat (die Ordnung) Vorrang gegenüber dem Recht. Er schreibt: „Im Ausnahmefall suspendiert der Staat das Recht, kraft eines Selbsterhaltungsrechtes [...]. Die Ordnung muss hergestellt sein, damit die Rechtsordnung einen Sinn hat“ (Schmitt 2009 [1922]: 18f.). Recht und Ordnung koinzidieren also nicht. Das zeigt auch die (bewusst) paradoxe Erklärung Schmitts: „[D]ie Autorität beweist, dass sie, um Recht zu schaffen, nicht Recht zu haben braucht.“ (Ibid. 19) Zugleich fallen Macht und Recht nicht zusammen: Solange eine Revolution keine eigene Ordnung stiftet, ist der Souverän gegenüber der Revolution im Recht (Mehring 2001: 25).

Diese Argumentation könnte sicherlich auch aus dem Mund der Vordenker der souveränen Demokratie stammen, und wiederholt hat die russische politische Praxis im Zeitraum 2000-2008 gezeigt, dass genau dieser Vorrang des Staates und seines Zusammenhaltes gegenüber rechtlichen Normen Priorität hat. Dies ist zum Beispiel Handlungsprinzip in Tschetschenien, wo der Kreml beide Augen

UdSSR: „Der Versailler Vertrag brachte Deutschland umfangreiche territoriale Verluste und einschneidende Reparationsforderungen. [...] Dies wurde in der deutschen Öffentlichkeit weithin als unerträgliches Diktat empfunden. Man [...] hatte einen Friedensschluss erwartet, der die [...] nationale Einheit sowie die [...] beanspruchte Weltmachtstellung nicht prinzipiell traf. Die Empörung ging durch alle Parteien.“ (Mehring 2001: 34) Territoriale Verluste und Bedrohung staatlicher Einheit, Einbußen des Weltmachtstatus sowie ein allgemeines Gefühl der Schmähung und „Niederlage“ (welche, in nationalistischer Lesart, wie im Weimarer Deutschland nicht „auf dem Felde“ stattgefunden hatte) drückten auch im postsowjetischen Russland auf die politische Stimmung.

verschließt vor Menschenrechtsverletzungen und Korruption, solange dies die abtrünnige Republik im Staatsverband hält. Dieselbe Haltung spiegelt sich in der dezidierten Ablehnung von Revolutionen oder anderen Initiativen, die die souveräne Macht in Frage stellen (von der Unterdrückung der oppositionellen Demokraten bis zur Demontage Chodorkovskijs).

Schmitt und Surkov sind „Etatisten“ – und beide mit ähnlichen Ausnahmen. Zu Schmitt schreibt Mehring (2001: 22): „Wenn Kirche und Nation sich im Staat nicht mehr heimisch fühlen, ist das Politikmonopol des Staates, die Legitimität seiner Souveränität, effektiv fraglich.“ Auch im etatistischen Denken um Surkov ist die Akkommodation von Nation (und weniger prominent aber durchaus sichtbar: der Orthodoxen Kirche) innerhalb des Staates zentrales Anliegen. Für Cholmogorov (2006) spielt die Orthodoxe Kirche gar eine zentrale Rolle, und nur zähneknirschend gesteht er auch anderen Religionen in Russland einen Platz zu.³⁵ Der Staat fungiert in den Texten zur souveränen Demokratie oft als *die* Repräsentation der Nation. Allein der oft verwendete Begriff der „russländischen Nation“ (im Unterschied zum „russischen Volk“) bezeugt, dass der russländische Staat aufs engste verknüpft gedacht wird mit dem Nationsgedanken. So schreibt Surkov zu den vom russischen Staat ergriffenen Schritten nach dem Terrorakt von Beslan, dass das wichtigste Ziel dieser Maßnahmen der Schutz russländischer Staatlichkeit sei, und dass angesichts der Gefahren der Präsident das „Verfassungsprinzip der Einheit der Exekutive“ habe realisieren müssen. Die Einheit der Staatsmacht sei die notwendige Bedingung für die Einheit der Nation (Surkov 2008: 178). Hier schimmert allerdings noch ein anderes Verständnis des souveränen Ausnahmezustandes durch: Jenes zur Herstellung beziehungsweise Wiederherstellung des Rechts – die sogenannte verfassungsmäßige Diktatur (Agamben 2005: 14), wie sie Schmitt Hindenburg, als „Hüter der Verfassung“, zugeschrieben hatte. Doch so eine „geschützte Demokratie“ ist, wie Agamben bemerkt, keine Demokratie und führt unausweichlich zur Etablierung eines totalitären Regimes (ibid. 15).

Zu 3): 1923 schreibt Carl Schmitt: „Zur Demokratie gehört also notwendig erstens Homogenität und zweitens – nötigenfalls – die Ausscheidung und Ver-

35 „Die Orthodoxie ist nicht nur eine ‚Konfession im neuuropäischen Sinne des Wortes, sondern ein bestimmtes Mittel der sozialen Existenz – und darüber hinaus.“ (Cholmogorov 2006: 403) Die Akkommodation der Orthodoxen Kirche zeigt sich natürlich auch in der öffentlich zur Schau getragenen Religiosität von Präsident und Ministerpräsident oder in Skandalen wie um die Ausstellungen *Vorsicht Religion* 2003 und *Verbotene Kunst* 2007, in denen angeblich „blasphemische“ Kunst gezeigt wurde (die Kuratoren wurden dafür mit Geldbußen belegt).

nichtung des Heterogenen.“ (zit. nach Mehring 2001: 41) Der Staat wird bei Schmitt als politische Einheit des Volkes konzipiert (Mehring 2001: 44). Nur der „Feind“ steht dieser Einheit im Weg. Im *Begriff des Politischen* hält Schmitt weiter fest: „Die Unterscheidung von Freund und Feind hat den Sinn, den äußersten Intensitätsgrad einer Verbindung oder Trennung, einer Assoziation oder Dissoziation zu bezeichnen [...] Er ist eben der Andere, der Fremde, und es genügt zu seinem Wesen, dass er in einem besonders intensiven Sinne existenziell etwas anderes und Fremdes ist.“ (zit. nach Mehring 2001: 44) Auch bei Surkov, und in den Texten zur souveränen Demokratie generell, findet sich eine Revitalisierung von *Otherness* (Campbell 1992), besonders im Hinblick auf einen Westen, zu dem eine Annäherung, die „Befreundung“, in den 1990er Jahren gescheitert ist. Doch wer eine simple Wiederbelebung stereotyper Muster des Kalten Krieges mit einem verallgemeinerten Westen als Gegner sucht, wird enttäuscht sein. Der offizielle Diskurs zeichnet ein komplexes und ambivalentes Bild des Westens, das im Zeitverlauf fluktuiert. Klar aber ist, dass insbesondere die USA einen guten Antagonisten hergeben, wenn er benötigt wird und falls innere Gegner fehlen: Tschetschenien und der innere Terrorismus lieferten gute Feindbilder, solange die Administration nicht Erfolge in dessen Bekämpfung verkaufen musste. Falls also innere Gegner nicht mehr verfügbar sind (oder nicht mehr verfügbar sein dürfen), können die USA und ein generalisierter Westen als Gegner „aktiviert“ werden.

Zu 4): Schmitt beklagt wie die Vertreter der souveränen Demokratie das Ende der durch den Westfälischen Frieden etablierten internationalen Ordnung. Bei Schmitt äußert sich dieser Prozess in der Ersetzung eines Pluriversums von Staaten durch ein Pluriversum von *Großräumen*. Dabei bleibt für Schmitt der einzig legitime Pluralismus der Pluralismus von Staaten (Mouffe 2005: 14) – diese Überzeugung scheint auch im russischen offiziellen Diskurs vorzuherrschen. Grundsätzlicher Unterschied ist natürlich, dass Surkov sich stark macht für einen (vorrangig ökonomischen) Liberalismus und *prima facie* auch für eine Demokratie. Während Žižek Schmitt Depolitisierung durch *ultrapolitics* vorwirft – der radikale Konflikt, der keinen Raum lässt für eine symbolische Auseinandersetzung – hebt Prozorov (2006: 82) hervor, dass Schmitt mit der Verteidigung des Westfälischen Systems immerhin eine Möglichkeit eröffnet hat, Antagonismus zu *managen* beziehungsweise in Schmitts Begrifflichkeit: Krieg zu *hegen* – also Konflikt zu rationalisieren und zu humanisieren. Im Gegensatz zu Schmitts Feind im Inneren erscheint in dieser Lesart der Feind im Äußeren als respektabler, gleichwertiger Gegner, als *justus hostis* (dessen Verschwinden in internationalen Beziehungen auch Prozorov (2006: 86) selbst beklagt).

Prozorovs Analyse – obzwar sein Text nicht Teil des hier als solchen definierten offiziellen oder politischen Diskurses ist – widerspiegelt Themen aus diesem und fügt sich ein in eine Strömung von wissenschaftlichen oder sich zumindest intellektuell gebenden Schriften, die insbesondere auf westliche Autoren rekurrieren.³⁶ Morozov (2010) beklagt das Monopol des Westens über die Definition von „Demokratie“. Auch Glebov (2009) unterstreicht, dass es in der Auseinandersetzung Russlands und eines westlichen Mainstreams nicht um die Grundwerte von Demokratie und Freiheit gehe, sondern um deren Interpretation. Prozorov schließlich erarbeitet mit Carl Schmitt die Widersprüchlichkeit des Liberalismus und verurteilt „militärische Interventionen ‚im Namen der Demokratie‘, neoliberale Entwicklungs- und Restrukturierungsprogramme, und [...] die globale Kampagne zur Förderung der ‚Menschenrechte‘“ (Prozorov 2006: 94). Die wiederholte Verwendung von Begriffen wie *Menschenrechte* oder *Multikulturalismus* in Anführungszeichen deutet auf einen anti-liberalen Impetus in diesen Texten – auf eine Gegnerschaft zu einem „liberalen Pluralismus“, dem Prozorov Monismus vorwirft. Zumindest bei einzelnen wissenschaftlichen Autoren zeigt sich also im Gegensatz zum offiziellen politischen Diskurs, dass eine Inklusion in die „liberale Welt“ eher abgelehnt wird. Ein Echo findet diese Forderung aber durchaus im offiziellen Diskurs, in Forderungen, aus souveräner Demokratie eine Alternative zur „westlichen liberalen Demokratie“ zu machen, und in dem Vorschlag, souveräne Demokratie als Staatsmodell anderen Ländern zu „verkaufen“.³⁷ Damit deutet sich eine Grenze der Zugehörigkeit an: einerseits die Bejahung der fortschrittlichen Welt, einschließlich Volkssouveränität und Demokratie, andererseits aber Ablehnung ihres liberalen Korrelats. Hier scheinen manche russische Autoren Laclau und Mouffe bewusst oder unbewusst zu genau rezipiert zu haben und schreiben daher augenscheinlich in einem Bewusstsein der kontingenten Artikulation von Demokratie und Liberalismus im Westen.

Was sich also sowohl im wissenschaftlichen wie im politischen Diskurs abzeichnet ist eine Ambivalenz zwischen der Forderung nach Zugehörigkeit oder, falls nicht möglich, der Anerkennung als *justus hostis* in einem System gleichberechtigter Staaten. Insgesamt zeichnet sich nicht nur eine negative Einschätzung

36 Carl Schmitt im Fall von Prozorov; oder Laclau und Mouffe im Falle von Morozov (2009; 2010), der eine (vermeintliche) Hegemonie der westlichen liberalen Demokratie zu dekonstruieren versucht.

37 „Verkaufen“, weil vom offiziellen Diskurs immer wieder das Element des Wettbewerbs hervorgehoben wurde – ein Wettbewerb, der eine Konkurrenz der Ideen einschließt (s.u.).

des Westens, sondern auch der liberalen Demokratie und ihrer Annahmen ab, die in spitzer Kritik mündet:

„We have seen that the desire to dispense with the enmity as such, arising out of liberal epistemic-moral certitude, has not brought about a ‚universal friendship‘ but rather produced a limited but universalistic community, which permanently feels threatened due to its incomplete embrace of the globe and, for the same reason, threatens everyone outside itself.“ (Prozorov 2006: 99)

Zu 5): In *Die Diktatur* und danach in *Politische Theologie* argumentiert Schmitt zugunsten einer Diktatur (allenfalls des Reichspräsidenten). In erstgenanntem Werk, im Sinne einer kommissarisch, vorübergehend zu übernehmenden Rolle, um in einer Ausnahmesituation – die, klassisch, durch eine Institution bestimmt wird, die dann anschließend nicht die diktatorische Funktion übernimmt – Gegenmaßnahmen zu ergreifen und einen Normalzustand wiederherzustellen. Ziel der Diktatur ist es, in einem zeitlich begrenzten Rahmen ein konkretes, außergewöhnliches Problem zu lösen und damit die Rückkehr zur verfassungsmäßigen Ordnung zu gewährleisten. In *Politische Theologie* verschmelzen bei Schmitt normale verfassungsmäßige Ordnung und Diktatur. Carl Schmitt verabscheut den Normalfall: „Das Normale beweist nichts, die Ausnahme beweist alles; [...] die Regel lebt überhaupt nur von der Ausnahme. In der Ausnahme durchbricht die Kraft des wirklichen Lebens die Kruste einer in Wiederholung erstarrten Mechanik.“ (Schmitt 2009: 21) Daher bedarf es einer Person, die über den Ausnahmefall entscheidet und dann selbst diktatorische Funktionen übernimmt. Dabei geht es dann nicht um eine Schutzfunktion gegenüber der Verfassung oder gar um die Wiederherstellung einer verfassungsmäßigen Ordnung, sondern um eine charismatische Verkörperung des Volkswillens, die dem Diktator erlaubt, außerhalb der oder sogar gegen die Verfassung zu handeln (McCormick 1998: 228ff.). Schmitt unterstützt oder billigt damit Führertum, persönliche und totale Herrschaft (Mehring 1998: 73).

Ähnliche, wenn auch nicht bis zum Totalitarismus reichende Argumentationsmuster finden sich im heutigen russischen Kontext. Putin sei ein Garant von Ordnung und Stabilität (Ivanov 2006: 125). Selbst in anti-hegemonialen Diskursen wird die starke symbolische Rolle des Präsidenten nicht abgestritten. Vielmehr wird ihm eine sinnbildliche Funktion zugesprochen: Putin stünde für die Einheit des Landes (Interview 16/3/27-29). Ob nun dem russischen Präsidenten eine bewahrende oder revolutionäre Rolle zukommt, lässt sich nicht eindeutig beantworten. Vielmehr scheint Putin im offiziellen Diskurs eine doppelte Funktion eigen zu sein: als über Tagespolitik und Verfassung stehende charismatische

Figur, die zugleich die Verfassung zu schützen habe. Einerseits also ist er *Hüter der Verfassung*, insbesondere gegen revolutionäre Aktion – Krastev (2006b: 53) spricht explizit von *Vladimir Putin's antirevolutionary Russia*. Andererseits stellt sich die Frage, inwiefern sich der offizielle Diskurs am Ziel wähnt: So wurde zwar die *Transition* für beendet erklärt und ein Regime der Konsolidierung versprochen (Sakwa 2004: 17), aber es bestehen weiterhin – nicht zuletzt auch im demokratisch-oppositionellen Lager – Forderungen nach Reformen, zumindest im ökonomischen Sinn (Stichwort: Modernisierung), wenn nicht gar nach einer weiteren, auch politischen Europäisierung. Wenn der offizielle Diskurs weiterhin hegemonial agiert, wird es darauf ankommen, auch diese Forderungen, *volens nolens*, zu integrieren – oder deren Erfüllung als Prozess zumindest zu perpetuieren, als sich ständig einlösende Versprechen. Dennoch: Unter Putin wurden Reformen nicht mehr in revolutionären Begrifflichkeiten gefasst, wie unter El'cin (ibid.). Nur im gegen-hegemonialen Lager gibt es wieder vielfach Stimmen, die präsidiale Initiative verlangen (besonders von Medvedev), um neue Demokratisierungs- und Modernisierungsimpulse zu geben: Die Zivilgesellschaft sei dafür zu schwach, und nur der Präsident könne daher Initiator solcher Reformen sein. Ja, es bedürfe eines neuen Peter des Großen (Interview 19/2/22-23). Es scheint also, als setzten ausgerechnet Teile des demokratisch-oppositionellen Lagers ihre Hoffnungen auf eine souveräne Diktatur, in der Art wie von Carl Schmitt angedacht – allerdings nicht in einem systembewahrenden, sondern in einem *systemverändernden* Sinn. Von einer kommissarischen Diktatur als Ziel kann jedenfalls nicht die Rede sein. Damit zeigt sich, dass der offizielle Diskurs den Präsidenten vor allem als bewahrenden, systemstützenden „Diktator“, als Hüter der Demokratie, als dauernde Implementierungsinstanz des Volkswillens porträtiert, während Teile des oppositionellen Lagers ihn als potenziell revolutionären, weil das systemumstürzenden „Diktator“ sehen.

9.2.3 Souveränität und Souveräne Demokratie im engeren Sinn

Startschuss für die Diskussion war – zumindest im Nachhinein – der Artikel von Valerij Zor'kin, dem Vorsitzenden des Verfassungsgerichts, „Apologie des Westfälischen Systems“, der zunächst im Sommer 2004 in *Russland in der globalen Politik* veröffentlicht wurde und dann zwei Mal im Staatsanzeiger *Rossijskaja Gazeta* (im Juli 2004 und wieder im August 2006).³⁸

38 <http://www.rg.ru/2004/07/13/zorkin.html> [20/01/2011] (2004), und in einer erweiterten Fassung <http://www.rg.ru/2006/08/22/zorkin-statija.html> [20/01/2011] (2006). Hier maßgeblich ist die Fassung von 2006.

Der Artikel erinnert über weite Strecken an Debatten, wie sie in *Foreign Affairs* in den 1990er Jahren geführt wurden: Damals beklagten die US-amerikanischen Autoren das Ende des Ost-West-Konfliktes als globales Ordnungsprinzip (Casula 2010). Zor'kin prangert aber nicht nur die neue globale Unordnung an. Er sieht, gerade nach den terroristischen Angriffen in New York und Washington im September 2001, das Konzept der Souveränität in den internationalen Beziehungen als bedroht an und identifiziert insbesondere zwei Gefahrenquellen:

Zum einen würden die Menschenrechte und das Selbstbestimmungsrecht der Völker als Vorwand dienen, staatliche Souveränität zu beschränken – ein spätestens seit der NATO-Intervention in Kosovo/Serbien 1999 in Russland häufig gehörter Vorwurf; zum anderen hätten Nationalstaaten die Fähigkeit verloren, unter den Bedingungen der Globalisierung ein effektives Regieren sicherzustellen.³⁹

Globalisierung, Staatszerfall und Verfall des internationalen Rechts bedrohen die Souveränität als Grundlage des Nationalstaats und dessen, was Zor'kin als „Westfälisches System“ bezeichnet:

„In diesem Sinne sind wir wirklich in eine absolut chaotische Welt geraten, in der alles unvorhersehbar geworden ist. In diesem rechtsfreien globalen Chaos herrscht nur ein Recht – das Recht der Starken und Aggressiven: der Supermächte, Diktatoren sowie der Anführer mafïöser und terroristischer Gruppen.“ (Zor'kin 2006)

Angeklagt werden die USA, welche unter Berufung auf humanitäre Erwägungen und das Selbstbestimmungsrecht der Völker die Souveränität anderer Staaten aufweichen. Hier eine klare Anspielung auf den Kosovo:

„Selbst die UNO ist zerrissen zwischen einer kompromisslosen westfälischen Interpretation der staatlichen Souveränität einerseits und dem wachsenden Einfluss des internationa-

39 Die Gouverneurin von St. Petersburg Valentina Matvienko, bringt die Globalisierungsangst nochmals auf den Punkt: „Wie einen Ausgleich finden zwischen den souveränen all-nationalen Interessen und den weltweiten Integrationsprozessen? Wie die nationale Souveränität sichern, die Einzigartigkeit und die Unabhängigkeit, und nicht wieder zu einem geschlossenen Land werden [...]? In der einen Waagschale befindet sich die Notwendigkeit, Regeln zu vereinheitlichen, nach denen die Weltgemeinschaft leben wird. In der anderen befinden sich die Bedrohungen gegen die [...] Identität eines jeden Teilnehmers innerhalb des Integrationsprozesses.“ (Poljakov 2007: 328)

len humanitären Rechts und der Menschenrechte, welche die Macht der Staatsführer über die Bürger ihrer Länder begrenzen, andererseits. Darauf verwies [auch] der UN-Generalsekretär [...], nachdem 1999 – ohne Legitimation durch den Sicherheitsrat – der Krieg im Kosovo begann.“ (Zor’kin 2006)

Grenzen und damit ganze Staaten würden sich auflösen. Nationales Recht stehe zur Disposition in einer Art und Weise, wie es bereits Alfred Rosenberg in Frage gestellt habe. Diese Bezugnahme auf den Nationalsozialismus (beziehungsweise im russischen Sprachgebrauch: auf den „Faschismus“) ist die schärfste mögliche Abgrenzung, die im russischen politischen Diskurs gezogen werden kann (Turmarkin 1994: 222).⁴⁰

Zor’kins Artikel reflektiert also eine Furcht vor einem möglichen Zerfall Russlands, der eng zusammen gedacht wird mit der Angst vor einem Kontrollverlust des Staates. Diese Bedrohung kommt insbesondere auch von außen: in Form der Globalisierung und in der Form konkreter (westlicher) Politik sowie auch in Gestalt des europäischen Einigungsprozesses, im Rahmen dessen Kompetenzen von den Mitgliedsstaaten an Brüssel übergeben würden (Poljakov 2007: 19). Dem stellt Zor’kin das „westfälische System“ entgegen, das für ihn nicht nur gleichbedeutend ist mit der Souveränität der Nationalstaaten, sondern auch mit einer konsequenten Anwendung internationalen Rechts.⁴¹ Auch scheinen Menschenrechte gegenüber der Souveränität der Staaten keine Priorität zu genießen, was letztlich eine Absage an ein Kernelement der UN-Charta bedeutet.⁴²

40 „Faschismus ist völlig undenkbar in Russland. Wer sich als solcher bezeichnet, diskreditiert sich selbst. Nein, žirinovskij ist ein Populist, auch Limonov ist kein Faschist: Er vertritt mehr so etwas wie Großmachtdenken. Es gibt derzeit keine wirklich faschistische Organisation (auch nicht die DPNI). Faschismus ist der Gegner – für alle. Deswegen bezichtigt man dann ukrainische oder georgische Politiker als ‚Faschisten‘.“ (Interview 3/2/24-28)

41 Interessanterweise bedauert auch Carl Schmitt den Verfall des durch den Westfälischen Frieden etablierten Systems. Bei Schmitt äußert sich dieser Prozess durch die Ersetzung eines Pluriversums von Staaten durch einen Pluriversum von Großräumen (Mehring 2001).

42 Obwohl sich das offizielle Russland selbst beim Eingreifen in Süd-Ossetien auf humanitäre Gründe berufen und behauptet hat, durch die Intervention einen Genozid verhindert zu haben (Putin); s. dazu zum Beispiel auch <http://articles.latimes.com/2008/aug/18/world/fg-breakaway18> [07/01/2011].

Damit sind bereits in diesem frühen Text eines Bürokraten – also keines Politikers und auch keines *Spin-doctors* – Themen angeschnitten, die in anderen Beiträgen zur souveränen Demokratie immer wiederkehren werden.

Bezeichnenderweise werden Souveränität und Demokratie in einem gewissen Spannungsverhältnis gesehen: „Diese Analyse [einer vollwertigen Souveränität] muss erfassen, wie sowohl die Imperative der liberalen Demokratie als auch die Notwendigkeit, alle Komponenten einer starken und rechtsstaatlichen Staatsmacht zu sichern sind.“ (Zor’kin 2006) Und genau diesen angeblich schwierigen Brückenschlag zwischen Wahrung von „liberaler Demokratie“ einerseits und „starker Staatsmacht“ (Souveränität) andererseits versucht die souveräne Demokratie zu vollziehen.

In einer sehr kurzen Definition bedeutet souveräne Demokratie also die Bewahrung eines demokratischen Staates, der gleichzeitig souverän ist (Nikonov 2006b). Beziehungsweise: „Souveräne Demokratie bedeutet [...] die Anerkennung des Rechts jedes Volkes auf Entwicklung frei von äußerer Einmischung und das Primat des internationalen Rechts“ (Nikonov 2007b: 23) – womit Nikonov sich klar auf einer Linie mit Zor’kin befindet.⁴³

Den Aspekt der Unabhängigkeit und Nichteinmischung verdeutlicht Nikonov bereits 2003 in einem offenerzigen Statement:

„Welches Entwicklungsmodell wird Russland verfolgen? Nicht das amerikanische und nicht das europäische – sondern das russische. Im Land wird es demokratische und marktwirtschaftliche Institutionen geben, auch wenn die Gewaltenteilung eher dekorativen Charakter haben und das informelle Recht wichtiger als das formelle sein wird [...]. Russland wird in das internationale System integriert sein, aber immer versuchen, seinen eigenen Weg zu gehen.“ (Nikonov 2003a)

Europa und die USA werden als Rollenmodelle in Frage gestellt. Als Instanzen einer Einmischung in die Politiken Russlands werden sie grundsätzlich abgelehnt. Vielmehr wird die Forderung nach einer unabhängigen russischen Politik erhoben. Dies scheint auch die einzig mögliche Antwort zu sein auf die Kernfrage, die sich stellt: Warum wird das Verhältnis von Demokratie und Souveränität immer wieder als problematisch angesehen?

Demokratie wird gleichgesetzt mit der Gefahr einer Einmischung durch den Westen. Entweder direkt, im schlimmsten Fall in Form der mehrfach angepran-

43 Auch Aleksandr Cipko äußert sich entsprechend gegenüber Echo Moskau: „Wir leben in einer Periode der post-revolutionären Stabilisierung. Daher [...] ist Souveränität für uns das Wichtigste. Wir wollen keine äußere Einmischung.“ (Echo Moskau 2006)

gerten Interventionen, oder indirekt durch Mechanismen der europäischen Integration, die mit gemischten Gefühlen beobachtet wird. Das wird auch nochmals im folgenden Zitat deutlich, welches „demokratisieren“ nahezu gleichsetzt mit „Autonomie begrenzen“:

„Russland ist kein Imperium mehr. Wir sind Provinz des zu errichtenden *Empires*. Das einzige, was wir jetzt tun können und müssen ist, unsere Autonomie zu bewahren und zu stärken. Autonomie im politischen, ökonomischen, intellektuellen, kulturellen und militärischen Sinn. Uns verteidigen gegen die Versuche, uns zu schwächen, zu ‚demokratisieren‘, uns in kleine Provinzen zu teilen [...]“ (Ivanov 2006: 88)

Besonders deutlich wird Aleksej Čadaev:

„Heute hat sich eine Situation ergeben, in der die Demokratie im Rahmen der globalen demokratischen Revolution zum universellen Motiv für die Abschaffung von Souveränität geworden ist.“ (Čadaev 2006: 26)

Zugleich ist es derselbe Autor, der eine Ambivalenz der souveränen Demokratie auf den Punkt bringt:

„Der einzige Weg zur Sicherung der Souveränität ist der Aufbau eines Systems, in dem die Menschen [in Russland] selbst die Machtfrage entscheiden können. Das heißt: Aufbau von Demokratie. Darin besteht der große Widerspruch in der Idee der ‚demokratischen Souveränität‘: gegen ‚Demokratisierung von außen‘ als Mechanismus der Desouveränisierung ankämpfen, aber zugleich Demokratie aufbauen als politische Grundlage der Souveränität.“ (Ibid. 37)

Die andere Ambivalenz besteht in der Ablehnung einer solchen vermeintlichen Abschaffung der russischen Souveränität bei gleichzeitiger Bejahung von Demokratie als *conditio sine qua non* für die Integration in ein globales Staatensystem.

Weil viele der hier diskutierten Texte (nicht zuletzt jene in Poljakov 2007) oft oberflächlich bleiben, verstricken sie sich in Widersprüche und sind durchsetzt von Ambivalenzen. Inwiefern das als Stärke oder Schwäche anzusehen ist, hängt nicht zuletzt auch vom rezipierenden Publikum ab: Die den Texten innewohnende Stärke liegt in ihrem populistischen Gestus, im umfassenden Abdecken verschiedener Forderungen. Ein kritisches Publikum wird sich damit aber nicht abfinden können.

9.3 FORDERUNG NACH EINEM STARKEN STAAT

9.3.1 Staatlichkeit und Einheit

Ein Kennzeichen der Amtsführung unter El'cin war die Schwierigkeit in der Gestaltung des Föderalismus:

„[T]he federal government struggled to control the regions. The lack of an institutional power vertical – such as the Communist Party of the Soviet Union had provided – coupled with Yeltsin's personalistic style of rule contributed to a series of bilateral agreements, as the leaders of most regions haggled over their own unique agreement with the centre.“ (Bacon & Wyman 2006: 166)

Unter anderem bedeuteten diese bilateralen Abkommen – mehr zwischen El'cin und den entsprechenden Machthabern in den Regionen persönlich als zwischen den entsprechenden Institutionen – auch verschiedene Abstufungen von Autonomie. Diese losen Beziehungen wurden in nationalistischen Kreisen oft als Bedrohung für die Einheit Russlands gesehen. Eine Interpretation, die sich auch im offiziellen Diskurs unter Putin wiederfindet.

Der offizielle Diskurs hat den Forderungen nach einer stärkeren Betonung der Einheit des Staates Rechnung getragen. Das äußert sich auch in den neuen Beziehungen zwischen Zentrum und Regionen nach dem Wechsel im Präsidentenamt. Die Zentralmacht wurde durch verschiedene Maßnahmen gestärkt, eine sogenannte Machtvertikale aufgebaut (insbesondere: neue Administrationseinheiten und Ernennung der Gouverneure statt ihrer Wahl)⁴⁴ – zu Lasten der Autonomie der Regionen. Offen bleibt, inwiefern ein System von persönlichen Beziehungen, wie es unter El'cin bestand, schlicht durch *andere* Netzwerke ersetzt wurde.⁴⁵

44 Was Nikonov begrüßt: Die Bestimmung der Gouverneure durch eine gesetzgebende Versammlung unter dem Vorsitz des Präsidenten werde oft als Mittel der Zentralisierung, sogar als diktatorisch bezeichnet. Aber das vorherige System habe zu zwei parallelen Vertikalen geführt, die das Vertrauen untergruben. Heute könne Putin den Gouverneuren „vollständig vertrauen“ (Nikonov 2005b).

45 Tschetschenien bestätigt und widerlegt zugleich diese Regel: Zwar wurde versucht, die Kontrolle durch die Zentralregierung militärisch wiederherzustellen. Zugleich wurde nach dem militärischen Eingreifen die Kontrolle weitgehend an lokale Statthalter übergeben: an Ahmad Kadyrov und später seinen Sohn Ramzan. Insgesamt wurden die Rezentralisierungsmaßnahmen als klarer Schritt zur Bewahrung des

Wie auch Demokratie zuvor werden der Staat (die *Staatlichkeit*), dessen *Einheit* und dessen *Stärke* innerhalb der politischen Identität zu eigenständigen Werten erhoben: Im Vergleich zu mittelosteuropäischen Staaten, die im Rahmen ihrer Integration in europäische Organisationen Teile ihrer Souveränität abgegeben hätten, „wurde in Russland die staatliche Existenz der Nation immer als absoluter Wert wahrgenommen. Sie war auch bedeutender als zum Beispiel die Staatsform“ (Poljakov 2007: 231).⁴⁶ Auch an anderen Stellen wird „Staatlichkeit“ auf eine Ebene gestellt mit der Nation beziehungsweise mit nationaler Identität: „Die Liquidierung des russischen Staates bedeutet buchstäblich die Liquidierung der russischen nationalen Identität.“ (Ibid. 483) Es wird eine historisch gewachsene Identifikation von Nation und Staat postuliert beziehungsweise, auch weniger abstrakt, zwischen Volk und Staat (Surkov 2008: 83). Diese Gleichsetzung des russischen Staates mit der russischen Nation, diese Fetischisierung des Staates durchzieht wiederholt alle Texte – bezeichnenderweise findet sie im offiziellen Diskurs statt, was den Repräsentanten des Staates den Status von Repräsentanten der gesamten Nation verleiht. Staat und Nation fallen zusammen und bedeuten damit eine Aufwertung der Vertreter des Staatsapparates.

Natürlich stellte (und stellt) damit der Separatismus eine große Herausforderung dar für diese Vorstellung von staatlicher Einheit. Der Angriff auf diese staatliche Einheit, auf die staatliche Souveränität von innen heraus, wird als genauso schwerwiegend betrachtet wie der Angriff auf die Souveränität von

Landes betrachtet, dessen Einheit offensichtlich als prekär und unsicher gesehen wird: „Sind wir ein einiges Land oder nicht? Deswegen erfolgte Schritt für Schritt eine Beschränkung des Status der Oberhäupter der Föderationssubjekte. [...] Darin liegt weder etwas spezifisch ‚Putinsches‘, noch spezifisch Russländisches, und noch weniger: etwas Antidemokratisches.“ (Poljakov 2007: 69) Oder: „Die Souveränität des ‚russländischen Volkes‘ als einziges Subjekt der Staatlichkeit kann nicht geteilt und an niedrigere (regionale) Ebenen delegiert werden.“ (Surkov 2008: 99) Damit deutet sich an, dass Souveränität nicht nur eine außenpolitische Dimension hat im Sinne einer Forderung nach Nichteinmischung durch andere Staaten, sondern auch eine innenpolitische, die gleichbedeutend mit einer Zentralisierung des Landes ist. Auf den Punkt gebracht: „Der Wert der Souveränität ist verstanden als Ganzheit, Einheit und Selbstbestimmung Russlands.“ (Čadaev 2008: 34) Zor’kin betont ebenfalls, dass Souveränität nur auf Ebene der Föderation und nicht auf jener der Republiken liegen kann (Poljakov 2007: 237).

46 Gleb Pavlovskij sekundiert: „Im letzten Interview bezeichnete er [Medvedev] Russland in den bestehenden Grenzen als Priorität. Das ist das erste [die erste Priorität]. Demokratie – das zweite.“ (Echo Moskau 2006)

außen: So ein Angriff wird zu einem Angriff auf die Nation an sich. Aber unter Putin, so die Kommentare, habe sich gezeigt, dass diese Forderung nach Begegnung der Bedrohung erfolgreich angegangen wurde:

„Putin hat die Gefahr der Desintegration Russlands abgewendet, das Land wieder regierbar gemacht, sich mit der Duma so weit arrangiert, dass sie wieder Gesetze verabschiedet, dafür gesorgt, dass Oligarchen das Land nicht mehr direkt regieren, und Tschetschenien einem Frieden nähergebracht: Das [tschetschenische] Verfassungsreferendum [2003] ist ein riesiger Schritt in Richtung einer politischen Lösung der Tschetschenien-Frage und der Errichtung einer legitimen Regierung.“ (Nikonov 2003b)

Die Tschetschenien-Frage stehe stellvertretend für die ultimative Infragestellung Russlands in den bestehenden Grenzen. Darauf verweist indirekt auch Gleb Pavlovskij, wenn er der Amtszeit Putin den Erfolg zuschreibt, Russland vor einem angeblichen Zerfall gerettet zu haben:

„Putin hat [während seiner Amtszeit als Präsident] das getan, was niemand außer ihm getan hat: Er hat das Land verteidigt und dafür gesorgt, dass heute überhaupt ein Land existiert, ein Staat, eine Nation, die politische Nation der Russländischen Föderation.“ (Pavlovskij 2006)

Die „Einheit des Landes“ wird als ein Signifikant artikuliert, der tatsächlich die Funktion eines Knotenpunktes übernehmen könnte. Die Einheit (oder genauer: Ganzheit [*cel'nost'*]) des Landes sei der einzige Wert, den alle in Russland, jenseits der politischen Lager, anerkennen sollten (Garadža 2006: 220). Sie wird auch als funktional gesehen für eine wirtschaftliche Entwicklung, das heißt, sie wird nicht nur einem nationalistischen Impetus folgend gefordert, sondern auch mit „rationalen“, ökonomischen Beweggründen: „Für eine Integration in die Weltwirtschaft braucht man keine offenen Grenzen. Im Gegenteil, Integration [...] erfordert die Bewahrung der eigenen Ganzheit als Strukturelement der Weltwirtschaft.“ (Garadža 2006: 601)

„Ganzheit“ umfasst aber nicht nur eine territoriale, sondern auch eine zeitlich-historische Dimension. Bereits oben ist angeklungen, dass im offiziellen Diskurs aktiv versucht wird, die sowjetische Periode in die russische Geschichte zu integrieren. Die Einheit der Geschichte wird als Vehikel zur Konsolidierung einer nationalen Identität gedacht (Nikonov 2003a). „[E]ine Vielzahl konkurrierender Versionen der russischen Geschichte“ dagegen sei die Formel für eine

„nationale Krise“ (Isaev 2006: 4).⁴⁷ Eine einheitliche Sicht auf Russlands Geschichte bedeutet natürlich auch eine Einengung des politischen Raums, eine Unterdrückung abweichender Stimmen, und zugleich einen Versuch des Brückenschlages insbesondere zwischen liberalen Forderungen auf der einen Seite und national-konservativen auf der anderen.

Ähnlich wie die „staatliche Existenz der Nation“ wird auch „die Einheit des Landes“ als wichtiger angesehen als die (demokratische) Staatsform (Poljakov 2007: 94). Konsequenterweise hat die Forderung nach Einheit auch Vorrang gegenüber jener nach Demokratie: Letztere könne nur in dem Tempo beziehungsweise in jenem Ausmaße weiterentwickelt werden, welche die Einheit des Landes nicht gefährdet (Poljakov 2007: 94).

In mehreren Texten deutet sich so eine Äquivalenz von (einheitlichem) Staat und Nation an. Vladislav Surkov geht noch weiter, wenn er sie gleichsetzt und eine Identität zwischen Nation und Regime postuliert:

„Man sollte nicht, wie die Bolševiki [gemeint ist die KPRF], dem eigenen Land Schaden oder Schwäche wünschen, wenn einem irgendetwas daran nicht gefällt. Wenn euch die Staatsmacht [*vlast'*] nicht gefällt, dann könnt ihr gegen sie mit allen legalen Mitteln ankämpfen, aber dem eigenen Land Schaden oder Schwächung wünschen, das ist meines Erachtens erstens dumm und zweitens ungerecht.“ (Surkov 2008: 33)

Eine ganz enge Verwebung wird postuliert zwischen der Staatsmacht, oder dem bestehenden Regime, und dem Land als solchem, so dass jeder Angriff auf Regierung beziehungsweise Administration zu einem Angriff auf das Land selbst zu werden droht.

Zumindest aber sei der Staat „die effektivste Organisation, um die nationalen Interessen des russländischen Volkes wahrzunehmen“ (Poljakov 2007: 536). Effektive Staatlichkeit und Bewahrung der bestehenden Grenzen seien auch Voraussetzung für eine Konsolidierung der russischen Eliten (Garadža 2006: 29).

9.3.2 Russland als starker Staat

Um diese Interessen wahrnehmen zu können, muss der Staat *stark* sein. „Die Russen tendieren dazu, der Staatsmacht alles zu verzeihen, außer Schwäche“,

47 Und Andrej Isaev fährt fort: „Wir verurteilen keine der vorherigen Perioden der russischen [*russkoj*] Geschichte – weder das zaristische Russland, die Sowjetunion, noch die frühdemokratischen 1990er Jahre.“ (Isaev 2006: 4)

schreibt Nikonov (2002c) überspitzt. Diese Stärke soll sich sowohl auf der außen- als auch auf der innenpolitischen Ebene äußern.

Martin Müller (2009a; 2009b) hat die inhärente Ambiguität der Forderung nach einem „starken Russland“ gezeigt. So ist jede Vorstellung eines starken Russlands untrennbar verwoben mit Vorstellungen über eine bestehende oder drohende Schwäche des Landes. Die Identität strukturiert sich um einen konstituierenden Mangel (*constitutive lack* – Laclau): Die Idee eines starken Russlands ist also eine unerfüllte *Forderung*. In diesem Sinne hat die dazugehörige Vorstellung Russlands eine gescheiterte strukturelle Identität und setzt damit einen Antagonismus voraus, der eine Erfüllung der Identität blockiert.⁴⁸

Müller (2009b) arbeitet verschiedene Dimensionen der Forderung nach *Stärke* heraus, besonders in der außenpolitischen Sphäre. Dazu zählen die teils überlappenden Forderungen nach:

48 Bezeichnend dafür sind zwei Artikel von Vjačeslav Nikonov: Zum einen sei Russland im Verhältnis zu anderen Staaten noch nie so schwach gewesen wie heute (Nikonov 2002a), daher sei es zum anderen Putins Aufgabe, Russland in den „Klub der Großmächte“ zurückzuführen (Nikonov 2002b).

- einer Wiederherstellung von Russlands globalem Einfluss, besonders im post-sowjetischen Raum: Dies ist eng verbunden mit der Vorstellung einer Wiederherstellung von Russlands Status als Großmacht; dazu gehört auch eine führende Rolle im postsowjetischen Raum, der als historisch und kulturell verbunden mit Russland betrachtet wird.⁴⁹ In einem weiteren Kontext geht es auch um ein „großes Russland“, eine Forderung, die während der Wahlkämpfe 1999-2000 aufgekommen und danach weiter kultiviert wurde;⁵⁰
- der Etablierung einer multipolaren Weltordnung, das heißt nach einer veränderten Beziehung zum Westen und insbesondere zu den USA und einer Rolle Russlands als unabhängiges Einflusszentrum, dass andere Staaten anzieht;
- ökonomischer Stärke, die entscheidender Faktor für einen Erfolg in den anderen Bereichen sei: „economic success serves to buttress Russia's claim to a leading position in world politics. It not only garners the respect of the world's leading states and perhaps places Russia among them, but it also enables Russia to play the desired pre-eminent role in the post-Soviet space.“ (Müller 2009b: 334)

49 Man denke hier insbesondere an verschiedene Stellungnahmen des Kremls, welche die Einheit des GUS-Raums beschwören. Nach dem Krieg in Georgien 2008, zum Beispiel, wurde wiederholt die Verbundenheit mit dem georgischen Volk betont und der Dissens einzig auf die Regierung Šaakašvili bezogen. So unterstrich Dmitrij Medvedev in einem Interview mit dem Sender NTV, dass man lange, historisch gewachsene und sehr warme Beziehungen zum georgischen Volk habe, mit dem man „durch Himmel und Hölle“ gegangen sei; Regimes wie das von Šaakašvili aber kämen und gingen, doch die Beziehungen zwischen den Völkern blieben (Medvedev 2009a). In einem ähnlichen Licht ist auch die Etablierung der beim Präsidenten angesiedelten „Kommission zur Abwendung von Versuchen der Geschichtsfälschung zum Schaden der Interessen Russlands“ (15. Mai 2009) zu sehen, die sich insbesondere gegen das wendet, was Lavrov (2010) als „unverhohlene Lügen“ über Russlands Rolle im Zweiten Weltkrieg bezeichnet. Gemeint ist nicht zuletzt die Interpretation in den baltischen Staaten und Polen sowie in anderen mitteleuropäischen Ländern.

50 Zassoursky erläutert: „The logic of legitimisation of the social institution of the Russian Empire also made it necessary to rehabilitate the Empire itself. [...]“, und weiter: „The image of Great Russia is important not just for its contents, but also for the sense of order it brings to the symbolic field. This feeling of ‚certainty‘ that has been restored after ten years of ‚chaos‘ not only reduces social stress and simplifies conformism, but also provokes criticism, which impels long-term change.“ (Zassoursky 2004 158f.)

Der letztgenannte Aspekt wird oft vernachlässigt in anderen Arbeiten zu Russlands nachgesagter Identität als starker Staat. Tatsächlich spielen aber ökonomische Marker eine Schlüsselrolle im offiziellen und auch im weiteren politischen Diskurs. Die Modernisierung Russlands und die Etablierung einer konkurrenzfähigen Wirtschaft sind Kernforderungen in vielen Texten.

Die Forderung nach einem starken Staat ist auch im Zusammenhang zu sehen mit der oben beschriebenen Forderung nach staatlicher Einheit und der Gleichsetzung von Staat und Nation. Gerade angesichts dieser Gleichsetzung kann der russische Staat nur ein „starker“ sein. Auch in diesem Licht ist die Betonung des russischen Staates, dessen Überhöhung und Fetischisierung zu sehen.⁵¹

9.3.3 Modernisierung – Konkurrenzfähigkeit

Wie eng Wirtschaft mit Stärke zusammen artikuliert wird zeigt folgendes Zitat:

„Die neue Triade nationaler Werte sind Demokratie, eine starke Wirtschaft und Militärmacht. Souveräne Demokratie ist die Quintessenz unseres internen Aufbaus, welche das Recht der Bürger beschreibt, selbst die Politik ihres Landes zu bestimmen und dieses Recht gegenüber ausländischem Einfluss auf jedem, auch militärischem Weg zu verteidigen. Eine starke Wirtschaft ist der Garant der Befriedigung der materiellen Bedürfnisse der Bürger, ihres höchsten Lebensstandards. [...] Die militärische Macht ist [...] Garant unserer Unabhängigkeit.“ (Poljakov 2007: 211f.)

Ein starker Staat sei einer, der klar definierte Ziele habe und sich entsprechend in ökonomische Prozesse einschaltet.⁵² Damit einher geht die Abgrenzung von den 1990er Jahren, als die Oligarchen „freie Hand“ gehabt hätten. An anderer Stelle schreibt Valerij Fadeev, Chefredakteur der Zeitschrift *Ékspert*: „Die Stärke des Staates liegt darin, dass er in der Lage ist, die Arbeit der Privatwirtschaft so zu organisieren, dass sie Ergebnisse nicht nur für sich, sondern für das Land als

51 „The fetish functions simultaneously as the representative of the Other’s inaccessible depth and as its exact opposite, as the stand-in for that which the Other itself lacks (‘mother’s phallus’).“ (Žižek 1997: 103) Der starke Staat macht das Unmögliche an Russland möglich und verbindet die „Größe“ und Modernität der europäischen / westlichen Welt mit etwas, was ihr fehlt: die Einheit und der Anspruch, Supermacht zu sein.

52 „Die geforderte [ökonomische] Macht kann nicht gefunden werden ohne einen starken Staat mit [definierten] Zielen.“ (Poljakov 2007: 613)

Ganzes erzielt.“ (Garadža 2006: 141) Daher auch die oben erwähnte Wertschätzung für die Politiken Roosevelts und des *New Deals* sowie die Forderung nach einer aktiven Einmischung des Staates in die wirtschaftliche Produktion:

„Bei weitem nicht alle privaten Unternehmer können ohne eine aktive und kraftvolle Unterstützung des Staates [...], Lokomotiven des nationalen Erfolges‘ werden. [...] Die zentrale Rolle des Staates kommt der Konkurrenzfähigkeit Russlands sowie seiner Freunde und Partner zugute.“ (Garadža 2006: 96)

Konkurrenzfähigkeit war bereits bei Surkov (2007a) ein zentrales Stichwort, das viele ökonomische Konnotationen besitzt aber letztlich darüber hinausgeht. Die Forderung nach Konkurrenzfähigkeit wird auf mehreren Ebenen artikuliert: auf ökonomischer aber auch auf politischer und kultureller Ebene (Poljakov 2007: 94). Die Welt ist nicht nur Ort eines „harten Konkurrenzkampfes“ (Nikonov 2007a), sondern sogar geprägt von einem „Kampf ums Überleben“:

„Die weltweite Konkurrenz ist nicht jene um Märkte, sondern es ist ein Kampf ums Überleben. In dieser [Konkurrenz] spielen ökonomische Mechanismen bei weitem nicht die wichtigste Rolle.“ (Cholmogorov 2006: 52)

und:

„Souveränität ist die notwendige Bedingung für politische, ökonomische und kulturelle Konkurrenzfähigkeit. [...] Der Kampf ums Überleben ist das Gesetz der zwischenstaatlichen Beziehungen, ja derer zwischen verschiedenen Nationen.“ (Poljakov 2007: 94)

Der postulierte globale Kampf ums Überleben spiegelt exakt die zum Ausdruck gebrachten Forderungen nach Sicherheit und Stärke, denen eine Bedrohungslage gegenübergestellt wird. Diese Bedrohungslage äußert sich in denselben Bereichen, wie sie von den Forderungen nach Sicherheit abgedeckt werden, bleibt jedoch weitgehend diffus. Diese Unklarheit äußert sich dann beispielsweise auch in der Anprangerung der „Globalisierung“ und mit ihr assoziierter Prozesse (s.o., Zor’kin) und mündet in die Forderung nach *Modernisierung*. Dabei ist die Forderung nach Modernisierung zu einem Mantra geworden, das gebetsmühlenartig wiederholt wird.⁵³ Was *The May day Manifesto* 1968 für die Politiken von Wil-

53 Die Forderung nach Modernisierung und wirtschaftlicher Entwicklung ist im politischen Diskurs jenseits aller Lager sehr prominent. So schreibt Vladimir Mau, angesehener Ökonom, im Sammelband *PRO suverenstvu demokratiju*: „Russland

son im Großbritannien der späten 1970er Jahre festhielt, lässt sich mühelos auf das heutige Russland übertragen:

„Modernisierung ist die Ideologie der nie endenden Gegenwart. Die ganze Vergangenheit gehört zur ‚traditionellen‘ Gesellschaft, und Modernisierung ist das technische Mittel, um mit der Vergangenheit brechen zu können, ohne eine Zukunft zu erschaffen. Alles ist jetzt: atemlos, visionslos, entmutigt: Die menschliche Gesellschaft wird auf technische Aspekte reduziert. Keine Konfrontation der Macht, der Werte oder Interessen, keine Wahl zwischen konkurrierenden Prioritäten ist vorgesehen oder wird ermutigt. Es handelt sich um ein konfliktfreies und politisch neutrales Gesellschaftsmodell, das genuine Konflikte und Themen und Abstraktionen von [...], ‚Konsens‘ und ‚Produktivität‘ auflöst.“ (zit. nach Marchart 2008: 69)

Dementsprechend wird auch versucht, Demokratie als Bestandteil von Modernisierung und Konkurrenzfähigkeit zu artikulieren. Im Versuch, Demokratie neu zu definieren, wächst Demokratie plötzlich zu einem Kennzeichen von Stärke: „Demokratie – das ist Staatsmacht [*vlast'*], Macht [*sila*] und Ordnung [*porjadok*], und nicht Schwäche, heilloses Durcheinander [*kaša*] und Unordnung.“ (Surkov 2008: 33) Demokratie sei eben nicht das, was Russland in den 1990er Jahren ausgemacht hat, sondern Attribut eines starken, modernen und geordneten Staates. Demokratie sei Voraussetzung für ein modernes Russland, das mit den Herausforderungen der postindustriellen Gesellschaft fertig werden müsse (Nikonov 2006c). Hier versucht sich der offizielle Diskurs explizit darin, die üblichen Konnotationen von Demokratie, insbesondere wie in den 1990er Jahren häufig erlebt, abzuschütteln und neu zu bestimmen: als eine politische Identität, die sehr wohl Stärke beinhalten kann.⁵⁴ Volodin fasst zusammen:

kann seine Modernisierung nur selbständig verwirklichen. In diesem Sinne ist ihr die Souveränität praktisch sicher, sofern wir [...] sie für uns zu sichern vermögen und so einen würdigen Platz in der [Hierarchie der] globalen Konkurrenz einnehmen. Souveränität ist gut, wenn sie [...] Konkurrenzfähigkeit [...] sichert.“ (Poljakov 2007: 388)

54 Dieses Muster findet sich im Übrigen auch im gegen-hegemonialen Diskurs. So äußerte sich Boris Nemcov gegenüber Echo Moskau folgendermaßen: „Wir müssen für Demokratie kämpfen, dann werden wir auch ein starkes Russland haben.“ (Echo Moskau 2006)

„Souveränität ist die Entscheidung, die wir treffen müssen, um in der Welt konkurrenzfähig zu sein. Daher waren und bleiben demokratische Werte die Grundlage für den Aufbau eines souveränen Staates.“ (Poljakov 2007: 96)

Dabei handelt es sich aber um eine russische Version von Demokratie, die selbst auf politischer und symbolischer Ebene ein konkurrenzfähiges Produkt auf dem „Weltmarkt der Ideen“ sein soll:

„[Souveräne Demokratie] ist auf dem Weltmarkt der Ideen konkurrenzfähig. Dieser Markt ist bekanntlich monopolisiert durch westliches, in erster Linie amerikanisches gesellschaftliches Denken, das am Fließband produziert wird.“ (Surkov 2008: 92)

Dieses unscharf umrissene Produkt wird präsentiert als ein „in Handarbeit“ gefertigtes Modell, das auch in anderen Ländern der Welt übernommen werden kann: Souveräne Demokratie bietet sich als eine scheinbare Alternative zur westlichen, liberalen Demokratie an. Alle Kennzeichen von Demokratie bewahrend, bedeutet sie letztlich eine Absage an den Westen, insbesondere an die USA (und damit implizit eine Zusage an Russland):

„Vor dem Hintergrund dieser Erfahrung kann souveräne Demokratie als eine ideologische und außenpolitische Gegenkonzeption verstanden werden, die von Russland, China, Indien, vielen Staaten der GUS [...] als Instrument genutzt werden kann gegen die Einmischung der USA.“ (Migranjan 2007: 12)

Damit schließt sich der Kreis und die Stärke nach Innen wird zu einer Funktion einer Stärke nach außen. Sie entspricht der Forderung nach einem gleichberechtigten Russland, dessen Stärke nicht wie zu Sowjetzeiten nur militärisch ist, sondern auch ökonomisch und politisch. Die Parallele zu den Sowjetzeiten ist aber offensichtlich: Mit dem Kommunismus gab es ein alternatives ideologisches Angebot an Drittstaaten. Souveräne Demokratie bleibt allerdings explizit mit einem Bein im europäischen, westlichen Kanon und bietet daher nur eine teilweise Alternative. In jenem Teil, in dem sich die souveräne Demokratie unterscheidet vom westlichen Modell, bleibt sie aber völlig diffus und bietet nur „Nicht-Einmischung durch die USA“. Was dann aber auf den ersten Blick neutral erscheint, bedeutet letztlich einen stärkeren Einfluss Russlands. Darin äußert sich ein starkes Denken in Begrifflichkeiten von Konkurrenz, Kampf und Auseinandersetzung, ein bipolares Denken in Freund-Feind Schemata – was Forderungen aus dem national-konservativen Lager entspricht. Dabei verstrickt sich der offizielle Diskurs potenziell in Widersprüchen, wenn er in einem populistischen

schen Gestus versucht, *allen* Forderungen zu entsprechen, von denen viele auch die zuvor genannte Bipolarität aufbrechen (Zugehörigkeit zu einem demokratischen Kanon und zu Europa). Besteht hier also die Gefahr, den Bogen zu überspannen beziehungsweise, Bezug nehmend auf Laclaus Theorie: Steigt mit dem Einschreiben von immer mehr Forderungen in einen populistischen Diskurs die Gefahr, ihn zu verwässern und schwächen? Oder ist es genau umgekehrt: Je mehr Forderungen möglichst aber nicht notwendigerweise widerspruchsfrei eingeschrieben werden können, desto stärker und stabiler ist der populistische Diskurs? Letzteres erfordert im Idealfall aber, das die einzelnen Forderungen die widersprüchlichen Elemente ihrer partikularen Identität aufgeben. Im Fall der souveränen Demokratie scheint die widerspruchsfreie Artikulation mancher Forderungen nicht restlos gelungen zu sein.

Souveräne Demokratie ist jedoch – und im Unterschied zum Kommunismus der UdSSR – keine voll entfaltete Ideologie. Explizit darauf erhebt sie keinen Anspruch: Vielmehr versucht sie, sich als unideologisch zu präsentieren – und offenbart darin vielleicht ihr einziges ideologisches Merkmal.⁵⁵

55 Für Morozov (2008: 152), der stark von Laclau inspiriert schreibt, ist souveräne Demokratie zwar der „ideologische Horizont des gegenwärtigen Russlands“ (Morozov 2008: 152), allerdings scheint dies nicht in das Konzept von Ideologie zu passen, das Laclau selbst vorschwebt: Laclau – grundsätzlich skeptisch gegenüber dem Ideologiebegriff (Laclau 1997) – verwirft die beiden marxistischen Auffassungen von Ideologie (als falsches Bewusstsein oder als notwendige Stufe einer jeden sozialen Formation) und begreift Ideologie stattdessen als eine Operation der diskursiven Schließung, das dem Sagbaren Grenzen setzt (Laclau 2006b). Diese Operation ist aber eine unmögliche (Laclau 1997: 320). Souveräne Demokratie ist also bestenfalls ein Versuch einer solchen diskursiven Schließung und beinhaltet insofern einen ideologischen Anspruch. Zugleich aber – und das ist vielleicht der interessantere Aspekt – hat souveräne Demokratie einen mythischen Charakter: Sie ist Metapher für eine abwesende Abgeschlossenheit (Laclau 1990: 62ff.). Zugespitzt ausgedrückt: Russland ist weder demokratisch, noch souverän – gerade deshalb der Rückgriff auf souveräne Demokratie.

9.4 „UNIDEOLOGISCHE“ POLITIK: POLITIK DES ZENTRISMUS

Ein weiteres Element des offiziellen Diskurses ist die zur Schau getragene Sachlichkeit, der scheinbare Pragmatismus und die Distanzierung von jeglicher Ideologie. Dies beinhaltet oft auch eine Reihe technokratischer, vordergründig unpolitischer, häufig ökonomischer Forderungen, wie jene nach einem stabilen Wachstum, nach Modernisierung oder nach Steigerung der Konkurrenzfähigkeit. Dazu passt auch die zum Teil erhobene Forderung nach einem zweckrationalen, durch ökonomische Konkurrenz bestimmten Verhältnis zum Westen.⁵⁶ Vereinzelt heißt es auch explizit, dass eine Politik des „Zentrismus“ verfolgt werde, beinahe eines „Dritten Weges“ „jenseits von links und rechts“ im Giddens'schen Sinne. Dazu passen auch die Ergebnisse von Tarusin (2008), wonach eine große Mehrheit der russischen Elite sich als Anhänger einer „Metaideologie“ bezeichnet, zumal man „die Lösung von [konkreten] Problemen sicherstellen sollte“ und „Ideologie ein Wort der Vergangenheit“ sei (Tarusin 2008: 143f.).

Wie bereits in Kapitel 7 angedeutet, lassen sich archi-politische, para-politische und meta-politische Formen der Depolitisierung unterscheiden (Rancière 1999; Makarychev 2008; Marchart 2010: 178ff.).

Erstere umfassen Forderungen nach einer organischen politischen und sozialen Gemeinschaft ohne Riss und Bruch. Jeder Riss und Bruch muss daher letztlich auf einen äußeren Antagonismus zurückzuführen sein. Archi-politische Elemente der Depolitisierung wurden teilweise bereits oben als Forderungen nach Einheit des Staates beschrieben und werden noch detaillierter weiter unten besprochen (im Zusammenhang mit nationaler Identität/Nationalismus).

Para-politische Depolitisierungsversuche dagegen zielen auf eine Deantagonisierung von Politik, das heißt, sie sollen Brücken schlagen, Forderungen von „Dissidenten“ bedienen und damit neutralisieren, der Opposition ihr Programm nehmen. Für Nikonov hatte „Putin“ etwas für alle und übernahm Forderungen der Linken (Erhöhung der Löhne), der Liberalen (streng wirtschaftsliberaler Kurs) und der Nationalisten, wie die Wertschätzung von Geschichte, Kultur und Tradition (Nikonov 2005c).⁵⁷ So wurden alle zufrieden gestellt. Die Wähler hätten ohnehin genug von „ideologischen Kämpfen und Erschütterungen“ sowie

56 Umgekehrt wird dem Westen im Rahmen eines „Neuen Kalten Krieges“ genau so eine „ideologisierte“ und „mystifizierte“ Politik vorgeworfen (Nikonov 2006d).

57 Und nicht nur das: „Die Popularität Putins ist Ergebnis einer großen Propaganda-Kampagne. Er gibt allen etwas: Für die Frauen ist er der starke Mann, für das Militär: ein KGB-Vertreter, für die einfachen Leute: einer von ihnen.“ (Interview 2/2/43-45)

von abrupten Kurswechseln (Nikonov 2003c). In vielerlei Hinsicht ist Edinaja Rossija Ausdruck genau dieser para-politischen Depolitisierung. Andrej Isaev (2006) umschreibt sie gar als Partei der russischen politischen Kultur und damit als alle politischen Lager übergreifendes, quasi nationales Projekt.⁵⁸ Darüber hinaus ist es auch in der Praxis gelungen, oppositionelle Forderungen einzubinden: sei es durch Abkommen mit anderen Parteien im Parlament (mit der KPRF aber auch mit der LDPR) bezüglich konkreter Gesetzesvorhaben oder durch die Vergabe von regionalen Machtpositionen. Es gibt viele Hinweise auf diese Form der Depolitisierung, die zeigen, wie ideologische und politische Risse genäht und abweichende Forderungen bedient und dadurch neutralisiert werden (Makarychev 2008: 66). Ein sicherlich bezeichnender Fall ist die Vergabe des Gouverneurspostens im Kirover Oblast' an Nikita Belych: Nachdem dies bei der oppositionellen Aktivistin Marija Gajdar zuerst noch Protest auslöste, nahm sie kurze Zeit später selbst eine Stelle als Beraterin bei Belych an. Die para-politische Depolitisierung ist Ausdruck der zunehmenden Zweiteilung des politischen Raums und einer Verlängerung der hegemonialen Äquivalenzkette, die aber auch immer weniger Raum lässt für eine politische Auseinandersetzung. Höhepunkte einer solchen Para-Politik waren sicherlich die Präsidentenwahlen 2004 und 2008. Sergej Mironov ließ sich 2004 zwar für die Partei des Lebens als Gegenkandidat von Vladimir Putin aufstellen, machte aber von Anfang an deutlich, dass er selbst Putin unterstütze: Er erklärte, zwar Mitbewerber um das Präsidentenamt nicht aber politischer Gegner Putins zu sein – im Gegenteil: Auch er wolle Putin als Präsidenten.⁵⁹ Bei denselben Wahlen verzichteten auch die LDPR wie die KPRF darauf, ihre Parteivorsitzenden aufzustellen, um sie nicht durch eine (abermalige) Wahlniederlage zu schwächen (Žirinovskij und Zjuganov schickten Oleg Malyškin respektive Nikolaj Charitonov ins Rennen). Als einzige, weit abgeschlagene, „echte“ Konkurrenten blieben Sergei Glaz'ev und Irina Chakadama übrig. Aber allein durch Putin waren praktisch alle Forderungen aus dem gesamten politischen Spektrum abgedeckt.

58 Inwiefern aber das Abdecken eines breiten Forderungsspektrums tatsächlich das entscheidende Kriterium für die Wahlsiege von ER ist, sei dahingestellt. In einer Umfrage gaben 66 Prozent der Respondenten an, ER hätte die Duma-Wahlen aufgrund der Unterstützung gewonnen, die sie durch Vladimir Putin bekommen hat (Levada-Center 2009: 70).

59 Wörtlich sagte er: „We all want Vladimir Putin to be the next president [...] I sincerely believe election opponents can both be – and not be – adversaries. I am not an adversary of Putin.“ (BBC 2004)

Bei der Wahl 2008 wurde dem oppositionell-demokratischen Kandidaten Michail Kas'janov aus formalen Gründen die Teilnahme verweigert, sodass der Einschluss von Forderungen in den populistischen Diskurs beziehungsweise der Ausschluss von Forderungen – und von Repräsentanten dieser Forderungen – aus dem politischen Diskurs koexistierten. Die einzigen verbliebenen Konkurrenten von Putin-Kandidat Medvedev waren somit Vladimir Žirinovskij, Gennadij Zjuganov und der Vertreter der kleinen Demokratischen Partei Russlands, Andrej Bogdanov,⁶⁰ sodass es für Medvedev ein Leichtes war, als Kandidat mehrerer Parteien 71 Prozent der Stimmen auf sich zu vereinigen. Interessanterweise haben sich damit zu den Präsidentenwahlen Vertreter all jener Richtungen zusammengefunden, die im offiziellen Diskurs immer zum Gesamtspektrum gezählt werden: Bogdanov als (scheinbarer) Vertreter des demokratisch-oppositionellen Lagers mit „radikalen“ Forderungen, wie der nach einem EU-Beitritt sowie das national-konservative Lager, repräsentiert durch den Kommunisten Zjuganov und den National-Liberalen Žirinovskij;⁶¹ und schließlich Medvedev als Vertreter eines selbst-deklarierten Zentrums, das um sich herum eine politische Peripherie konstruiert hat. Damit ist auch ersichtlich, zwischen welchen Lagern der offizielle Diskurs Brücken schlägt und aus welchen Lagern Forderungen entnommen werden: Es gibt ein national-konservatives Lager in einer kommunistischen und einer nationalistischen Ausprägung, das zu radikale Forderungen stelle, zum Beispiel im Hinblick auf den ökonomischen Aufbau Russlands und/oder mit imperialen Forderungen in der Außenpolitik, und ein oppositionell-demokratisches Lager, das entweder eine Rückkehr in die 1990er Jahre vertritt oder einen Ausverkauf des Landes (ökonomisch wie politisch) an ausländische Unternehmen einerseits oder Regierungen andererseits. So wird wiederholt gewarnt vor oligarchischer Revanche (an deren Spitze Michail Kas'janov und Boris Berezovskij stehen würden) und Nationaldiktatur beziehungsweise Isolationismus (Poljakov 2007: 119; 437); und oppositionelle Demokraten werden vor Bündnissen mit Kommunisten gewarnt (Surkov 2008: 32). Aleksandr Lebedev mahnt:

60 Als mysteriösester Anwärter bezeichnet, wurde Bogdanov verdächtigt, ein Alibi-Kandidat des Kremls zu sein, der die Oppositionsstimmen weiter spalten sollte (BBC 2008).

61 Wobei diese beiden Parteien für die beiden Grundströmungen im russischen Nationalismus stehen (dem *sovetsko-kommunističeskij patriotizm* und dem *tradicionalistski-počveničeskij nacionalizm*), s.o. (Kurenjy 2006: 141).

„Heute gründen sich die beiden radikalsten Positionen auf folgende Ideen: 1) der politische, ökonomische und geistige Isolationismus (Hypersouveränisierung des russländischen Volkes und Staates); die völlige politische, ökonomische und geistige Globalisierung (Desouveränisierung des russländischen Volkes und Staates).“ (Poljakov 2007: 535)

Damit erfolgt eine Abgrenzung zu National-Konservativen und oppositionellen Demokraten.⁶² Boris Gryzlov warnt zugleich vor Rassismus und Nationalismus in einem multinationalen und multikonfessionellen Russland (Poljakov 2007: 446) und Andrej Isaev prangert „Blut und Boden-Nationalismus“ und die antinationale Ideologie des Kommunismus an, welche die KPRF zu verbinden suche (Poljakov 2007: 482).

Damit präsentiert sich der offizielle Diskurs als einer, der sich gegen jede Form von Extremismus wendet, der moderate Forderungen aus jedem Lager aufnimmt (beziehungsweise sie mit einer abgemilderten, veränderten Identität integriert), aber radikale Auswüchse vermeidet. Der offizielle Diskurs ist nicht nur para-politisch, sondern quasi ent- und damit überideologisiert, er ist politisch entleert, da mit Forderungen „überfüllt“. Gleichzeitig beinhaltet er aber auch *prima facie* meta-politische Eigenschaften.

Meta-Politik bedeutet eine Politik, die sich legitimiert durch Verweise auf rationales Wissen und auf (wirtschaftliche) Effizienz, auf objektive (nationale) Interessen sowie den bewussten scheinbaren Verzicht auf Ideologie.⁶³ Die meta-politische Depolitisierung lässt sich sowohl auf innen- wie auf außenpolitischer Ebene wiederfinden. Bezüglich der Außenpolitik fand zwar eine Repolitisierung im Sinne einer Antagonisierung statt (prominent im Zuge des Auftritts von Vladimir Putin auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007), allerdings sind die

62 Auch Cholmogorov sieht Putin als den Repräsentanten des offiziellen Diskurses in einer Position zwischen Nationalpatrioten und oppositionellen Demokraten: „Die Liberalen lasten Putin Tyrannei und Diktatur an, Kommunisten und National-Patrioten meinen umgekehrt, er sei ein falscher Diktator, eine Marionette des Westens, kein Führer [vožd’], sondern eine Laus [vos’].“ (Cholmogorov 2006: 63ff.)

63 Ideologie verheißt auch keine Legitimationsgrundlage mehr: „Das System hat einfach keine Legitimationsgrundlage mehr: Kommunismus geht nicht mehr. Auch Nationalismus ist nicht denkbar (schon Tschetschenien hat die Sprengkraft des Separatismus nur einer Republik gezeigt). Ein ideologisches System ist nicht möglich, daher der Rückgriff auf Demokratie.“ (Interview 14/2/38-43) „Demokratie“ wird hier als etwas Ideologiefreies präsentiert, was auch durchaus den Artikulationsbestrebungen im offiziellen Diskurs entspricht.

erhobenen Forderungen primär meta-politisch und gründen auf „objektiven“, nationalen, häufig ökonomischen Interessen.

Der Verweis auf objektive, sog. „nationale Interessen“ ist nicht nur typisch für den russischen offiziellen Diskurs. Moskaus ehemaliger Bürgermeister Jurij Lužkov unterstreicht: „Es gibt kein neues Reich des Bösen und kein autoritäres Monster. Nur Russland, das wieder die eigenen nationalen Interessen wahrnimmt und bereit ist, sie zu verteidigen.“ (zit. nach Poljakov 2007: 197) Treue zu demokratischen Institutionen und Marktmechanismen werden bekräftigt (Poljakov 2007: 226). Diese Marktmechanismen gelten aber nicht nur im Inneren Russlands, sondern auch in den Außenbeziehungen: Der offizielle Diskurs präsentiert Russland als pragmatischen, geschäftsmäßigen Akteur in durch Marktmechanismen bestimmten internationalen Beziehungen (Makarychev 2008: 62). Dabei werden politische Konflikte in technische und ökonomische Fragen umgemünzt. Die Beziehungen zu Georgien, Polen und der Ukraine liefern gute Beispiele. Im November 2005 verbot Russland die Einfuhr von polnischem Fleisch als Reaktion auf ein polnisches Veto gegen ein neues Handelsabkommen zwischen Russland und der EU. Russland begründete den Einfuhrstopp allerdings damit, dass das polnische Fleisch gesundheitlich nicht unbedenklich sei. Erst ab Januar 2010 durfte das Fleisch wieder eingeführt werden.⁶⁴ Im März 2006 stoppte Russland mit einer ähnlichen Begründung den Import von Wein aus Georgien, dem wichtigsten Exportgut des Kaukasus-Landes. Russlands Entscheidung wurde vielfach im Zusammenhang mit den andauernden Territorial-Disputen zwischen beiden Ländern gesehen. Der Importstopp wurde aber rein *technisch* begründet, mit dem Interesse, nur Qualitätsprodukte nach Russland einzuführen (Putin 2006a): Georgischer Wein enthalte gesundheitsschädliche Schwermetalle und Pestizide. Auch die Republik Moldau wurde zeitgleich mit einem vergleichbaren Embargo belegt. Auch in dieser ehemaligen Sowjetrepublik besteht ein ähnlicher Territorial-Konflikt, in dem Russland das abtrünnige Transnistrien unterstützt.

Am eindrücklichsten ist aber sicherlich der ukrainische Fall. Die Ukraine, die unter Präsident Juščenko einen europäischen Integrationskurs verfolgte, ist zentrales Transitland für russisches Öl und Gas nach Europa. Vor dem Konflikt erhielt die Ukraine die Rohstoffe zum Vorzugspreis, was Russland aber vordergründig nicht mehr hinnehmen wollte. Nach zähen Verhandlungen und einem Lieferstopp musste die Ukraine Preissteigerungen hinnehmen. Während vielerorts von politischem Druck die Rede war, weil Russland der Europakurs nicht goutierte, sprach Putin von einer neuen Qualität der Beziehungen, die transpa-

64 Hier mischt sich auch ein Element von „Hygiene“, „Gesundheit“ und „Reinheit“ Russlands in die Diskussion der Außenbeziehungen.

rent und marktbasiert seien. Mögen auch politische Ursachen vorliegen, die Begründung erfolgt immer meta-politisch, als *technicality*. Die Beziehungen zu anderen Staaten sollen eben „marktbasiert“ sein – was Staaten vordergründig zu reinen Geschäftspartnern macht.⁶⁵ Während damit interessanterweise typisch westliche politische Semantiken benutzt werden (man denke an den Normenkatalog der EU), wird den Vereinigten Staaten dagegen eine Remilitarisierung und Reideologisierung der internationalen Beziehungen vorgeworfen (Nikonov 2008; Lavrov 2007a, 2007b).

Technokratische, oft dem betriebswirtschaftlichen Vokabular entnommene Metaphern finden sich auch in der Innenpolitik. Verschiedene Beobachter konstatieren, dass das Land mehr *gemanagt* als regiert wurde, dass Politik zu einem Business-Projekt und Russland zu einem Unternehmen wurde, das als solches letztlich auch nicht demokratisch strukturiert sein müsse (Gaddy & Kuchins 2008; Makarychev 2008; Hayoz 2009). Selbst in ideologisch aufgeladenen Texten gibt es immer wieder Absagen an das Politische zugunsten von Forderungen nach der Lösung *konkreter* Probleme (Cholmogorov 2006: 62). Dies nimmt dann die Form einer Absage an Ideologien jeglicher Couleur an.⁶⁶

Oben war bereits die Rede von der Zentralität der Forderung nach Modernisierung. Wachstum und wirtschaftliche Entwicklung sind oberste Priorität. Damit kann dann selbst die Marktwirtschaft legitimiert werden: „Die Marktwirtschaft sichert ein höheres Wachstum der Produktivkräfte [...] im Unterschied zu vielen anderen Dingen, gibt es darüber keine Diskussion, sondern das ist Fakt“ (Poljakov 2007: 164). So lassen sich dann alle Politiken begründen, die auf das Ziel eines Wirtschaftswachstums hinwirken – vermeintlich rational und objektiv, denn schließlich sei hier von messbaren Fakten die Rede. Das ist auch jene

65 „Regarding the energy sector, it is not only important that the Russian initial position on calculating the price for our gas is recognized as just. Something else is more important, namely the fact that our relations are of a new quality – they are transparent, market-based relations between partners. They allow us to work effectively together not only in the Ukrainian market, but in the markets of [b]oth.“ (Putin 2006b)

66 Dies entspricht, in Slavoj Žižeks Terminologie, einem Streben nach Post-politics: „In post-politics, the conflict of global ideological visions embodied in different parties which compete for power is replaced by the collaboration of enlightened technocrats [...]; via the process of negotiation of interests, a compromise is reached in the guise of a more or less universal consensus. Post-politics thus emphasizes the need to leave old ideological visions behind and confront new issues, armed with necessary expert knowledge and free deliberation that takes people’s concrete needs and demands into account.“ (Žižek 1999:198)

Normalität, die im offiziellen Diskurs angestrebt wird: Russland soll ein *normales* Land mit einer *normalen* Entwicklung werden (Cholmogorov 2006: 63; Nikonov 2007).

Den Eindruck eines Managements des Landes vermitteln auch die Parolen des „Plan Putin“ und der „Nationalen Projekte“. Die Nationalen Projekte, 2005 ins Leben gerufen, decken die Bereiche Wohnraum, Bildung und medizinische Versorgung ab. Sie vermitteln besonders den Eindruck der Lösung praktischer Probleme, die, über alle politischen Grenzen hinweg, als einer Lösung bedürftig anerkannt werden. Es sind eben *nationale* Projekte – und wohlgemerkt nicht „staatliche“ (das üblichere Adjektiv in diesem Kontext).

Der „Plan Putins – Russlands Sieg“ war ein 2007 eingeführtes Schlagwort von Einiges Russlands (Gryzlov 2007a). Interessant ist das Programm, weil es mit dem Konzept des „Planes“ operiert, und damit nicht nur bewusst an Sowjetzeiten erinnert, sondern vielmehr überhaupt Planbarkeit und ökonomische Rationalität als wichtigstes Instrument der Staatsführung suggeriert. Gaddy und Kuchins (2008) führen das unter anderem zurück auf die Auseinandersetzung des KGB in den 1980er Jahren mit westlichen Konzepten strategischer Planung in Unternehmen.⁶⁷ Interessant ist Putins Plan aber auch aus einem anderen Grunde: weil es ihn nicht gab. Er sei schlicht, so erklärte Boris Gryzlov auf Nachfrage, der Kurs des Präsidenten, wie er seit dessen Amtsantritt verfolgt worden sei. Was also auf den ersten Blick wie eine persönliche Unterstützung der Regierungspartei Einiges Russland für den Präsidenten wirken kann sowie als deren einziges Parteiprogramm, beziehungsweise bestenfalls als der gleichzeitige Versuch einer Entpersonalisierung der Politik (Unterstützung des Kurses einer Person unabhängig von dieser), bedeutet vielmehr eine Unterstreichung der symbolischen Rolle des Namens „Putin“ für den offiziellen Diskurs. Dass der Plan ein leeres Blatt ist bedeutet zugleich auch, dass jeder es mit dem füllen kann, was er sich von so einem Plan erhofft: Der Plan ist buchstäblich ein leerer Signifikant.

67 In seiner Promotionsschrift beschäftigte sich Putin insbesondere mit der 1978 erschienenen Arbeit von King und Cleland zu Strategic Planning of the Reproduction of the Mineral Resource Base of a Region, die unter anderem dem Leiter eines Unternehmens besondere Kompetenzen in der Planung zuschrieb. Bei ihm lastet die gesamte Verantwortung, Änderungen in der Systemumwelt vorauszusehen und Anpassungen vorzunehmen, während (und damit) auf der niedrigeren, operativen Ebene, Manager ihren Routinen nachgehen können (Gaddy & Kuchins 2008).

9.5 PUTINS NAME UND DIE POPULISTISCHE EBENE IN RUSSLANDS POLITISCHEM

Putins Plan wirkte wie ein Signifikant, dessen Leere mit allen Forderungen aufgeladen werden konnte, die an ihn gestellt wurden. Wäre Putins Plan konkreter ausformuliert und mit einer klaren Zukunftsvision ausgestattet gewesen, hätte dies ein zu großes Risiko bedeutet, bestimmte Forderungen außen vor zu lassen. Die Deutung, die Gryzlov für den Plan geboten hat, ist rein retrospektiv: Der Plan besteht aus dem, was bereits war, aus einem bereits eingeschlagenen Kurs, insbesondere aus den Forderungen Putins in seinen Ansprachen vor der Föderalversammlung seit 2007, und nicht aus der Projektion von etwas Neuem. Dies deutet auf eine Perpetuierung der unerfüllten Forderungen, aber auch der gezogenen Grenzen: Ja, die artikulierten Versprechen dürfen *nicht* in Erfüllung gehen, da sich sonst auch der Plan auflösen würde – auch deswegen das Auseinanderklaffen zwischen Rhetorik und „Realität“.

Insbesondere aber war der Name Putin bereits hinreichend Programm. Sein Name wurde evoziert, um den Plan als Ganzes zu charakterisieren. Der Name „Putin“ repräsentiert damit alle Forderungen des Diskurses – fällt der Name, weiß jeder, worum es geht. Für den Wahlerfolg war das alles andere als abträglich:

„Putin’s Plan, in other words, is whatever Putin thinks and wants, and the Russian public seems to know this. In October 2007, a poll reported that the overwhelming majority of Russians could not describe Putin’s plan [...]. Yet, an equally large majority was nevertheless confident that Putin had one. Furthermore [...] Russians want the country to be guided by that strategy, whatever it is.“ (Gaddy & Kuchins 2008: 118)

Dabei geht es augenscheinlich nicht nur um *Personenvertrauen* (Schröder 2007), sondern um „Putin“ als Projektionsfläche, um „Putin“ als Symbol für eine bestimmte Politik – deren Defizite sicherlich anerkannt und gesehen werden – deren Vorteile aber gegenüber den Nachteilen überwiegen, das heißt: Eine Politik, die mehr Forderungen erfüllt als sie unerfüllt lässt.

Auch regimekritische Stimmen erkennen an, dass unter Putin die Symbolkraft des Präsidentenamtes wieder aufgewertet wurde:

„Was Putin gemacht hat, ist das Amt des Präsidenten wieder aufzuwerten, es zu relegitimieren und dessen Prestige wieder herzustellen [...]. Unter El'cin hatte das Amt stark an Ansehen eingebüßt. Der Präsident [...] ist zum Symbol dafür geworden, dass es dieses Land [überhaupt] gibt, dass es nicht auseinander fällt, dafür dass es Hoffnung gibt. Er symbolisiert die Einheit des Landes.“ (Interview 14/3/31-37)

Der Name steht für Einheit, Stabilität und Kontinuität – für eine Überführung Russlands zur Demokratie.⁶⁸ In diesem Interview sogar für die Existenz Russlands überhaupt.

Dazu passt dann auch Putins Ausrufung zum Nationalen Leader [*nacional'nyj lider*]⁶⁹ durch die Partei Einiges Russland, einer Rolle die in der Verfassung nicht vorgesehen ist und die insofern überkonstitutionell ist. Einiges Russland, die Partei, die Putin zum Parteivorsitzenden gewählt hat, unterstützt ihn nicht nur als solchen, sondern ruft auch dazu auf, ihn über Parteigrenzen hinweg als Anführer des gesamten Landes und der gesamten Nation anzuerkennen:

„Die Rolle Putins als Leader wird zuverlässig von der Partei ER und von ihrer Parlamentsmehrheit garantiert werden. Alle Handlungen der Partei im Parlament und in den Regionen werden darauf ausgerichtet sein, den Kurs unseres nationalen Leaders zu unterstützen. [...] Das gegenwärtige Russland ist Putin. Russland ohne Putin, das ist ein führungs- und willenloses Russland. Ein Russland, das man teilen kann und mit dem man machen kann, was man will. Russland als Beute. [...] Vladimir Putin bleibt nationaler Leader unabhängig von dem Posten, den er einnehmen wird.“ (Gryzlov 2007b)

Bei dieser Interpretation fällt also, bei aller Überparteilichkeit, ER die besondere Funktion der Bewahrung und des Schutzes des Symbols Putin zu.

Nikonov erläutert die Rolle des Präsidenten (Putin), noch bevor er zum Nationalen Leader wurde, mit der direkten Verbindung zur Nation, der er verpflichtet sei:

„Das Staatsoberhaupt unterscheidet sich von den anderen Politikern darin, dass es, selbst wenn es eine bestimmte Ideologie oder Partei unterstützt, nicht einfach eine enge ideologi-

68 „Der Präsident muss selbst demokratische Prozeduren aufbauen, sie [gegen Angriffe] von aussen verteidigen und sie dann in die Hände des Volkes geben [...] die Mission Putins ist die eines Erbauers. [...] Versuche, diesen Aufbauprozess zu stören, müssen mit den schärfsten Mitteln verhindert werden.“ (Čadaev 2007: 10)

69 Womit ein modernes Fremdwort gewählt wurde, das die gehobene Bezeichnung *vožd'* (Führer) vermeidet, die historisch mit der Person Stalins verbunden ist.

sche Position einnehmen kann, sondern verpflichtet ist, sich an die ganze Nation zu wenden.“ (Nikonov 2005c)

Damit balanciert er zwischen verschiedenen Gewalten und Parteien aus, ja, er „garantiert die demokratische Verfassung“ (Surkov 2008: 12), er ist der „oberste Arbiter“ (Interview 1/3/5). Mit dem Ausscheiden aus dem Präsidentenamt konnte die Überparteilichkeit aber nicht mehr legitimiert werden und machte den neuen Titel des nationalen Leaders notwendig.

Zur populistischen *Form* von Politik gehört genau dieses Aufkommen einer solchen Führerfigur, die eine direkte Verbindung zum Volk⁷⁰ hat und deren Name und Körper den Diskurs repräsentieren kann (Howarth 2009: 33; Laclau 2005: 99f.). Der Name wird praktisch zur Inkarnation des Diskurses:

„Populist leadership is but a link in a larger chain that begins with the formation of groups of unsatisfied demands followed by the generation of common symbols, and capped when leaders begin to address and enter into a dialogue with the people, *thus becoming incarnations of their interests*.“ (Sanoja 2009: 400, eig. Hervorh.)

Der reine Name des Anführers hat bereits eine homogenisierende Funktion (Laclau 2005b: 40). Aber reicht dies aus, um in der Untersuchungsperiode Russland Populismus im Laclau'schen Sinne zu unterstellen?

In der Tat ist die Rolle, die Putins Name erfüllt, eines der Kennzeichen der populistischen Form von Politik im gegenwärtigen Russland. Aber wie steht es um andere Kennzeichen von Populismus (wie sie weiter oben besprochen wurden)? Populismus ist keine inhaltliche, sondern eine formale Kategorie und beruht auf dem Bestehen einer Äquivalenzkette, gemeinsamen Symbolen und dem Erscheinen eines Führers in einem Prozess der populistischen Repräsentation (Laclau 2006a: 58).

Wie in vielen anderen Fällen, in denen sich ein populistischer Diskurs herausgebildet hat, fehlten und fehlen auch in Russland institutionelle Kanäle, um Forderungen zu repräsentieren. Dies findet Ausdruck im russischen Parteiensystem, dessen Schwäche oft beklagt wird.⁷¹ Es ist aber auch die Schwäche anderer

70 Bis zur völligen Gleichsetzung zwischen „Putin“ und „uns“: „Über Souveränität sprechend, hält Putin keine Ansprache in Gestalt des Leaders, aber in Gestalt eines Funktionsträgers: Als derjenige, der das Land verkörpert. In dem gegebenen Fall ist Putin wir. Und seine Schwäche ist daher unsere gemeinsame.“ (Čadaev 2007: 36)

71 Dies hat sogar zu der Forderung geführt, die Zivilgesellschaft solle diese Funktion von den Parteien übernehmen: „Im Westen hat man vergessen, wie Demokratie entsteht.

staatlicher Institutionen, des Parlaments, der Ministerien oder der Gerichte. Im Gegensatz zu anderen Diskussionen (Laclau 2006a; Sanoja 2009) ist in der vorliegenden Arbeit jedoch nicht so sehr das Aufkommen eines populistischen Diskurses, sondern dessen Fortbestand Gegenstand der Untersuchung. Statt um einen oppositionellen Populismus geht es um einen Populismus an der Macht. Anders ausgedrückt stellt sich die Frage nach der Gefahr der Institutionalisierung, ja der Bürokratisierung der populistischen Bewegung (Laclau 2006a: 61). In diesem Falle kommt es darauf an, auch nach der Machtübernahme die Zerteilung im politischen Diskurs aufrechtzuerhalten, wenn nicht, wie oben angedeutet: sie zu perpetuieren. Aber der Gegensatz zwischen un- und anti-institutionellem Populismus auf der einen Seite sowie Institutionalisierung und Bürokratisierung auf der anderen Seite funktioniert im russischen Fall nicht. Beides koexistiert in Form von Institutionen, die keine Forderungen repräsentieren und die Repräsentationsfunktion populistischen Politikformen überlassen: insbesondere dem Präsidenten und seinem Namen. Letztere brauchen natürlich nicht nur unerfüllte Forderungen, sondern auch das „korrupte“, ineffiziente institutionelle System, eine verdorbene *classe politique*, das Objekt der Klagen, den Sündenbock – eben Parlament, Ministerien und Gerichte sowie generell eine anonyme Bürokratie – die allesamt ständig „versagen“ und damit den Abschluss des Diskurses immer wieder verhindern.

Putins Name erfüllt laut Lev Gudkov eine wichtige Brücken-Funktion zwischen historischen Perioden:

„In the collective consciousness, Putin became the symbolic chain that linked Soviet times to the present day, healing or at least easing the trauma of the masses that had been caused by the changes under Yeltsin and the collapse of Soviet power. People did not expect the president to bring about renewal or a fresh programme, serious change, or consistent modernisation, but rather a ‚routinisation‘ of the rupture.“ (Gudkov 2009: 174)

Seine Funktion umfasst nicht nur die Bündelung von Forderungen, sondern auch konkrete Praktiken. Dazu passt, dass auch kleinste politische Fragen, die in anderen Ländern beispielsweise der Lokalverwaltung von Städten oder Regionen überlassen werden, in Russland direkt vom Präsidenten beziehungsweise vom nationalen Leader gelöst werden müssen. Der Brand in einem Altenheim in

In Russland bedarf es eines sozial-kompensatorischen Mechanismus gegenüber den Reichen im Land. Und hier können NGO eine Rolle spielen, die sie in der Anfangszeit der Demokratie vielleicht besser erfüllen als Parteien: die Interessenvertretung.“ (Interview 1/2/24-28)

Pod'el'sk 2009 mit 23 Toten führte zu einer persönlichen Intervention von Dmitrij Medvedev.⁷² Der Streik in Pikalëvo, ebenfalls 2009, ausgelöst durch die Schließung der einzigen Fabrik in der 22.000-Seelen-Stadt, der begleitet wurde von einer Autobahnblockade, machte eine persönliche Intervention Vladimir Putins notwendig, mittlerweile Premierminister: Er zwang die Eigentümer der Fabrik, darunter den Oligarchen Oleg Deripaska, vor laufender Kamera – und in teils entwürdigender Art und Weise – dazu, ausstehende Löhne zu zahlen und die Produktion (unter veränderten Bedingungen) wieder aufzunehmen (Barry 2009).

Das zweite Risiko, das Laclau (2006a) nennt – neben der Institutionalisierung eines populistischen Diskurses –, ist das einer zu starken Spannung zwischen Führerpersönlichkeit und Volk. In Russland aber entfällt die Dimension der Partizipation durch ein *populus* gänzlich. Sie wird bestenfalls künstlich generiert, beispielsweise in Form der Jugendorganisation *Naši* (Mijnssen 2009).

Es stellt sich daher die Frage, ob der Versuch der Zweiteilung des politischen Raumes (der weiter unten diskutiert wird) und die bindende Funktion, die der Name „Putin“ erfüllt, dazu ausreichen, um im Falle Russlands von Populismus zu sprechen.

9.6 ZUSAMMENFASSUNG UND BEWERTUNG: POLITISCHE IDENTITÄT

In dieser Darstellung der im offiziellen Diskurs artikulierten Forderungen der politischen Identität Russlands konnten mehrere Kernforderungen isoliert werden. Dabei zeigte sich von Anfang an eine klare Verwebung mit Elementen einer nationalen Identität. Die eine ist Teil der anderen und umgekehrt.

Besonders deutlich wird das im Hinblick auf die Charakterisierung von Demokratie als *russischer Wahl*. Was anderenorts als Show für den Westen oder als Zynismus von politischen Eliten abgetan wird, erweist sich bei einer genaueren Betrachtung des offiziellen Diskurses als komplexe diskursive Operation: Wie kann Demokratie in einem russischen Kontext gedacht werden, angesichts der vielen Dislokationen, die dieser Signifikant erlebt hat und weiterhin erlebt? Da sind zum einen die schmerzhaften Erfahrungen aus den 1990er Jahren, assoziiert mit dem, was als Demokratie begriffen wurde; da ist die Gleichsetzung von Demokratisierung mit Einmischung von außen, als Destabilisierung; da ist Demo-

72 Siehe z.B. http://rt.com/Top_News/2009-02-03/Komi_mourns_fire_victims.html [01/03/2010].

kratie als Risiko für die bestehende Ordnung. Andererseits bedeutet Demokratie auch Moderne, Zugehörigkeit zur „fortgeschrittenen Welt“ und insbesondere zu Europa; da sind die weiterhin bestehenden Assoziationen von Demokratie mit Wohlstand. Der vorgeschlagene Ausweg nimmt zwei Formen an: erstens, Demokratie als etwas Nationales und, zweitens, Demokratie als etwas untrennbar mit Souveränität Verbundenes – letztlich zwei Seiten derselben Medaille.

Hinsichtlich des ersten Aspektes wird „Demokratie“ als untrennbares Element der politischen Identität präsentiert. Dies bedarf natürlich einer bestimmten Interpretation von Geschichte, die darauf hinausläuft, Demokratie kompatibel zu machen mit nationalistischen Forderungen. Es wird vermieden, Demokratie absolut zu denken, sondern sie wird betont relativiert. Auch westliche Demokratien seien von demokratischen Schwächen geprägt oder geprägt gewesen, was aber durchaus positive Aspekte für die Entwicklung eines Landes bedeutet habe – daher die Verweise auf de Gaulle oder Roosevelt – und keinerlei Ausschluss aus dem demokratischen oder westlichen Kanon bedeutet hätte.⁷³ Die Verweise darauf erlauben es dem offiziellen Diskurs, Russland und seiner Demokratie eine Prise Autoritarismus hinzuzufügen.

Der zweite Aspekt wurde als unabhängige Forderung nach Souveränität formuliert. Eine Ablehnung der Globalisierungsprozesse, insofern sie als Bedrohung für den russischen Nationalstaat und für dessen Einheit wahrgenommen werden sowie eine mögliche Einmischung durch das Ausland liegen dieser Forderung zu Grunde. Die Globalisierung wird gleichgesetzt mit einer chaotischen, ungeregelten Welt, in der nur das Recht des Stärkeren gelte. Dem wird unter anderem das westfälische System entgegengestellt, mit klaren, von allen Akteuren eingehaltenen Regeln, mit souveränen Staaten, die sich nicht in die Belange anderer Länder einmischen. Unter Einmischung werden insbesondere Versuche der Demokratisierung durch Drittstaaten gewertet. Der Finger richtet sich hier insbesondere auf die USA und ihre NATO-Partner mit wiederkehrenden Verweisen auf die nicht durch den UNO-Sicherheitsrat sanktionierten Einsätze in Jugoslawien (1999) und im Irak (2003). Das hat zur Folge, dass zwar Demokratie befürwortet wird, jedoch nur wenn sie in Russland selbst entsteht.⁷⁴ „Souve-

73 In der Tat stellt sich die Frage, inwiefern Demokratie in einem globalen Kontext nicht schlicht äquivalent artikuliert wird mit einer Zugehörigkeit zur „westlichen Welt“: Der Westen (oder „Nordwesten“ bei Parsons) ist offensichtlich nicht nur eine geographische, sondern auch eine politische Kategorie (s. dazu auch Morozov 2010).

74 In einer gemeinsamen Pressekonferenz von George Bush und Vladimir Putin brachte letzterer nochmals den Zusammenhang auf den Punkt: „I’ll be honest with you: We, of course, would not want to have a democracy like in Iraq. [...] Nobody knows better

ränität“ sendet aber auch eine nach innen gerichtete Botschaft: Eine weitere Dezentralisierung des Staates, geschweige denn eine Loslösung einzelner Entitäten ist ausgeschlossen. In Moskau und nur in Moskau werden die Geschicke des Gesamtstaats gelenkt.

Dies geht einher mit der Forderung nach Staatlichkeit und Einheit. Der Staat, dessen *Einheit* und *Stärke*, wird zu einem nationalen Wert erhoben. In vielerlei Hinsicht ähnelt das Staatsverständnis im offiziellen Diskurs der Idee der Staatsräson, wie sie Foucault beschreibt, einschließlich der Wahrnehmung des Staates als natürliches Objekt und dem übergeordneten Ziel, die Stärke, Größe und den Wohlstand des Staates zu erhöhen, sowie nicht zuletzt der Wertung des Individuums in der Kategorie der Nützlichkeit (oder Nutzlosigkeit) für den Staat, was Foucault als *politischen Marginalismus* bezeichnet (Dean 1999: 86).

Ohne einen einheitlichen russischen Staat könne keine russische Nation existieren. Einheit bedeutet auch Einheit der Geschichte, aus der man keinen Aspekt herausstreichen möchte. „Der Staat als Wert ist ein Konservierungsmittel, ein typisch traditioneller Wert [...]. Wenn der Staat ein Instrument ist, dann muss er natürlich angepasst werden an das, was die gesellschaftliche Entwicklung erfordert. [...] Aber wenn er ein Wert ist, dann darf man ihn nicht ändern.“ (Auzan 2008) Diese Vorgabe bedient natürlich wieder Forderungen aus verschiedenen Lagern: nationalistisch-restaurative Forderungen nach einer Anerkennung des Russischen Reichs vor 1917, kommunistische Forderungen nach Wertschätzung sowjetischer Errungenschaften sowie die Forderungen oppositioneller Demokraten und Liberaler, welche die Grundlagen des modernen russischen Staates in den 1990er Jahren sehen.

Zur letztgenannten Periode besteht daher auch eine nahezu schizophrene Beziehung. Dabei geht es nicht nur um die Aufnahme bestimmter oppositioneller Forderungen, sondern auch um die Grundlagen des Systems. Die 1990er Jahre werden einerseits verdammt als Zeit des Chaos, als Zeit einer unechten Demokratie, aber andererseits und zugleich auch bejaht: als Ursprung der bestehenden Machtverhältnisse und des bestehenden Systems. In dieser Interpretation war die Zuwendung zu einer *falschen* Demokratie (unter El'cin) zugleich das, was die Zuwendung zu einer *echten* – das heißt: russischen – Demokratie (unter Putin) erst möglich gemacht hat.

than us how we can strengthen our own nation. But we know for sure that we cannot strengthen our nation without developing democratic institutions. And this is the path that we'll certainly take; but certainly we will do this by ourselves.“ (zit. nach Win-tour 2006)

Eine ambivalente Beziehung besteht natürlich auch zur sowjetischen Periode. Einerseits war der Zusammenbruch der UdSSR „die größte geopolitische Katastrophe des Jahrhunderts“, wie Putin 2005 erklärte (Putin 2008f.: 272). Andererseits kann man mit der kommunistischen Ideologie nichts mehr anfangen. Ja mehr noch: Vor Kommunismus und Totalitarismus warnt der offizielle Diskurs nach wie vor eindringlich. Einerseits wurde der Zerfall des Landes zu „einem echten Drama für das russische Volk“ (ibid.), andererseits fallen in die sowjetische Periode zentrale Säulen einer neuen nationalen Identität in der Konstruktion des offiziellen Diskurses. Dazu zählt zuvorderst der Große Vaterländische Krieg, der Sieg über Nazi-Deutschland. Der dazugehörige Feiertag, der Tag des Sieges am 9. Mai, wurde ab 2005 zum zentralen Feiertag Russlands, den der Präsident zum „heiligen Tag für alle Nationen in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten“ (Putin 2005) erklärte. Dies geht einher mit dem Versuch, den Feiertag zu depolitisieren, ihn als überparteilich zu begreifen (Mijnssen 2009).

Die Forderung nach einem starken Staat hat mehrere Facetten. Die wichtigste Einsicht ist hier sicherlich, dass Stärke nicht nur auf einen größeren Einfluss auf außenpolitischer Ebene abzielt und nicht nur in Begrifflichkeiten eines militärischen Potenzials gedacht wird, sondern eng mit ökonomischen Konnotationen verknüpft ist. In der Tat wird auch betont, dass die Stärke Russlands vor allem im Inneren zu finden ist: In einer „blühenden Gesellschaft“ – das ist zumindest die zweithäufigste Antwort in einer Umfrage unter russischen Eliten (Tarusin 2008: 234ff.): 26,8 Prozent der Befragten meinen, Russland müsse sich vor allem um innere Belange kümmern und die eigene Entwicklung vorantreiben. Eine gehobene Rolle in der Welt würde sich dann automatisch ergeben. Daraus ergibt sich also eine sehr introvertierte Vision von Stärke.

Diese Stärke ist dringend vonnöten in einer Welt, die vorgestellt wird als durch einen schonungslosen Konkurrenzkampf gekennzeichnet. Das macht eine Modernisierung der Wirtschaft zu einer dringlicheren Aufgaben denn je. Und in der Tat ist „Modernisierung“ zu einem Mantra geworden im offiziellen Diskurs – aber auch in oppositionellen Diskursen. Dabei wird auch immer wieder der Vergleich zu den Entwicklungen in asiatischen Staaten gezogen, einschließlich eines Abwehrgestus gegenüber dem Westen. Damit einher gehen aber auch Forderungen nach Offenheit und Demokratisierung. Demokratie wird somit nicht nur zu einem Element oder einer Ebene von Modernisierung, sondern zu einem Mittel, um diese zu erreichen und zu vervollständigen.⁷⁵

75 Matvienko bringt all diese Elemente zusammen: „Ein innovatives Wachstum erfordert ein offenes politisches System, das eine weitere Modernisierung der demokratischen Institutionen vorsieht und einen Ausbau der internationalen Verbindungen. Zu ihrer

Die Forderung nach Modernisierung ist auch ein wichtiges Element des depolitisierten Anstrichs des offiziellen Diskurses.⁷⁶ Oben wurden verschiedene Ebenen dieser Depolitisierung beschrieben. Wichtig festzuhalten bleibt, dass der offizielle Diskurs sich in verschiedenen Formen als apolitisch und ideologiefrei präsentiert, in vielen Formen beinahe post-politisch – auch wenn es auf der anderen Seite, um in der Terminologie von Žižek zu bleiben, auch ultra-politische Momente gibt – das heißt Momente, welche die komplette Vernichtung des Feindes einfordern.⁷⁷ Aus Laclau'scher Sicht ist der offizielle Diskurs aber in vielerlei Hinsicht überideologisiert: Er ist überfrachtet mit verschiedensten (auf verschiedene Ideologien zurückzuführenden) Forderungen.

In dessen Zentrum steht bisweilen der Name Putins, der wie ein leerer Signifikant den gesamten Diskurs repräsentiert, welcher damit populistische Züge trägt. Der Populismus des offiziellen Diskurses offenbart sich nicht so sehr im Vorhandensein einer populistischen Bewegung, die ankämpft gegen nicht-repräsentative Institutionen, sondern vielmehr in einem vermeintlich repräsentativen Amt, das des Präsidenten, welches nicht-repräsentativen Institutionen (dem Rest des Staats- und Regierungsapparats) gegenübersteht. Damit zählen zwei Elemente zur populistischen Politikform in Russland: Erstens, die Verbindung unerfüllter Forderungen zu einer Äquivalenzkette. In diesem Abschnitt wurden insbesondere die Forderungen auf politischer Ebene aufgezeigt. Sie finden die Symbole, die sie repräsentieren, nicht zuletzt in einem nationalen Imaginären, was Gegenstand des Folgekapitels sein wird. Zweitens, das Aufkommen eines „nationalen Leaders“, dessen Name stellvertretend für den Gesamtdiskurs steht. „Putin“ erfüllt diese Funktion – und er erfüllt sie auch, nachdem die Person

Zeit haben Deutschland und Japan sowie die fernöstlichen Tiger einen ähnlichen Weg beschritten [...]. Für einen mächtigen Markt und für eine postindustrielle Zukunft muss Russland als souveräne Demokratie existieren, dabei die Freiheit jedes einzelnen Bürgers innerhalb des Staates und die Freiheit des Landes eine eigenständige Politik in den Reihen der Weltnächte führen.“ (Poljakov 2007: 329ff.)

76 In einem anderen Zusammenhang schreibt Chantal Mouffe (2005: 55): „To use ‚modernization‘ in such a way is no doubt a powerful rhetorical gesture which allows [...] to draw a political frontier between ‚the moderns‘ and ‚the traditionalists or fundamentalists‘, while at the same time denying the political character of their move.“

77 Man denke an den Tschetschenien-Konflikt und den Kampf gegen den Terrorismus. Zu zweifelhafter Bekanntheit brachte es die Bemerkung von Vladimir Putin im September 1999: „Wir werden den Terroristen überallhin nachsetzen [...] Wenn wir sie in der Toilette fassen, werden wir sie auch da, in der Latrine, kaltmachen. Das ist alles! Das Thema ist endgültig durch!“ (zit. nach NEWSru.com 2009)

Vladimir Vladimirovič das Amt des Präsidenten verlassen und das des Premiers angenommen hat. Das wirft ein neues Licht auf die vielfach geführte Diskussion, wer das Land nach 2008 „tatsächlich“ regiert, Medvedev oder Putin, ob eine Doppelspitze besteht oder Medvedev eine Marionette Putins ist. Obzwar Medvedev nun das Präsidentenamt inne hat, das durch Putin eine starke Aufwertung erfahren hat, kann er bei der Umschreibung seiner Politik nur darauf verweisen, das auch er den Plan Putins erfüllt – deswegen bekräftigte er auch nach seiner Wahl zum Präsidenten, dass seine Amtszeit eine „direkte Fortsetzung“ des Kurses sein würde, den Vladimir Putin eingeschlagen habe (Lowe 2008). Mit anderen Worten hat er zwar ein symbolträchtiges Amt, aber keinen symbolträchtigen Namen. Der Name Medvedev hat nicht die gleiche hegemonisierende Funktion wie der Name Putin. Und solange Medvedev als Person sich durch den Namen Putin, und vor allem dadurch, legitimiert, wird sein eigener Name nicht dieselbe populistische Funktion erfüllen können.⁷⁸

Damit sind die wesentlichen Merkmale der politischen Identität Russlands erfasst, wie sie im offiziellen Diskurs artikuliert werden. Die Analyse zeigt in erster Linie, dass der offizielle Diskurs keine autoritäre Identität zeichnet, sondern vielmehr eine „demokratische“, die allerdings abweichend von jenen in vielen westlichen Vorstellungen konnotiert ist. Sich dieses Unterschiedes wohl bewusst, rekurriert der offizielle Diskurs auf einen Satz nationaler Signifikanten, die ebenfalls in den Diskurs eingebunden werden und als eine Legitimationsgrundlage für die politischen Forderungen operieren. Diese finden sich auf der Ebene der im offiziellen Diskurs artikulierten nationalen Identität, die Gegenstand des folgenden Kapitels ist.

78 Ein letztes bisher nicht in Erscheinung getretenes Element zielt auf die Legitimierung der post-sowjetischen, ökonomischen, soll heißen: kapitalistischen, Ordnung ab: „Es gibt nur zwei Möglichkeiten, den Kapitalismus beziehungsweise das Privateigentum mit einem politischen System zu koppeln: Entweder ist dies Faschismus oder aber Demokratie. Insofern konnte die Wahl nur auf die Demokratie fallen. Es gibt eine reale Angst vor dem Faschismus in Russland. Das Trauma des Großen Vaterländischen Krieges bleibt und es verunmöglicht jegliche Zuwendung zu[m] [...] Faschismus“ (Interview 2/3/36-43).

